Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang | Dienstag, 22. Februar 1921 | Nummer 87 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,– M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. monatlich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,– M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Die achtgespaltene Kompareszeile oder deren Raum kostet 4,– M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,– M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,– M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Eröffnung der Londoner Konferenz

Die ersten Beratungen

EE. London, 21. Februar.

Der Oberste Rat der Alliierten versammelte sich um 11½ Uhr unter dem Vorsitz von Lloyd George, um das Programm der Konferenz zu erörtern. Diese faßte einen Beschluß bezüglich der **Volksabstimmung in Oberschlesien.** Es wurde vereinbart, daß die Wähler, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, und die Wähler, die in Oberschlesien selbst ihren Wohnsitz haben, am gleichen Tage abstimmen werden. Man schlug vor, daß die Interalliierten Kommissionen für die **Volksabstimmung den 20. März** festsetze oder, wenn ein unübersteigbares Hindernis sich dem widersetze, einen nicht allzuweit davon entfernten Tag. Die Konferenz nahm es zur Kenntnis, daß die englische Regierung sich verpflichte, 4 Bataillone zur Verfügung der Interalliierten Kommission für die Volksabstimmung zu stellen. Die Konferenz versammelte sich dann nochmals um 4 Uhr nachmittags, um sich mit der **Orientfrage** zu beschäftigen. Die griechische Abordnung wohnte dieser Sitzung bei. Von den Alliierten waren anwesend: Briand, Berthelot, sowie der französische Botschafter in London, Graf Saints Aulaire für Frankreich, Lloyd George und Lord Curzon für England, Graf Sforza und der Botschafter Martino für Italien, Baron Hayashi für Japan; endlich der belgische Botschafter Baron Moncheur für Belgien. Der Londoner Berichterstatter des „Temps" stellt fest, daß das englische Kriegsministerium, wo man den Wert der griechischen und der türkischen Armee kenne, sich geneigt zeige, gegenüber der Türkei Entgegenkommen zu beweisen, während das Auswärtige Amt die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages von Sèvres wünsche.

•

Die Londoner Konferenz hat gestern vormittag begonnen. Man kann wohl den Londoner Blättern beistimmen, die diese Konferenz als die wichtigste seit der Versailler Friedenskonferenz bezeichnen. Was in Versailles beschlossen und in feste Formen gegossen wurde, fängt erst allmählich an, sich tatsächlich auszuwirken. Gewiß haben wir Besetzung, Entwaffnung und manches andere fühlbar sich vollziehen sehen. Aber das sind doch nur die untergeordneteren Bestandteile des Versailler Friedenswerkes, die sich ohne wesentliche Konflikte, ohne heftigere innere und äußere Erschütterungen, durchführen ließen.

Ganz anders ist es um den Teil des Versailler Vertrages bestellt, der jetzt in London aus seiner starren Buchstabenform in wirkliches Leben gebracht werden soll. Die finanziellen Bestimmungen, unter der Gesamtbezeichnung „Wiedergutmachung" zusammengefaßt, sind es, die zu immer neuen Konferenzen, Verhandlungen, Auseinandersetzungen nötigen. Stärkerer Beweise bedurfte es wohl nicht für die Behauptung, daß in Versailles zumindest auf diesem Gebiet abscheulich schlecht gearbeitet worden ist. Man hat dort einfach Bestimmungen festgesetzt, Summen registriert, Verpflichtungen niedergelegt, ohne sich darum zu kümmern, wo alles herkommen soll. Man hat dort gearbeitet noch ganz unter dem Eindruck des Blütestandes der hochkapitalistischen Periode der Vorkriegszeit. Nun es ans Eintreiben der Summen gehen soll, stellt sich heraus, daß die Rechnung falsch war und daß sie auch durch die gewagtesten Manipulationen nicht in Ordnung gebracht werden kann.

Die Wiedergutmachung ist eben weit mehr ein wirtschaftliches als ein politisches Problem. Diese Ueberzeugung hat sich ja nun auch bei allen Beteiligten durchgesetzt. Daß trotzdem das politische Moment allzuoft eine hervorragende, meist verhängnisvolle Rolle spielt, erschwert die Verständigung naturgemäß. Schwerer fallen noch ins Gewicht die wirtschaftlichen Interessengegensätze der einzelnen beteiligten Mächte. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Wiedergutmachung nicht nur eine innerdeutsche, sondern noch mehr eine außerdeutsche Angelegenheit ist. Es handelt sich dabei nicht nur um die endgültige Summe, die gezahlt werden soll, und um die Modalitäten der Zahlung, sondern es handelt sich auch um die Neuverteilung des Weltmarktes, um die Erschließung neuer Interessensphären. Hier prallen auch die Ententemächte zusammen.

Die Londoner Konferenz beschäftigt sich vor der Wiedergutmachung mit der Orientfrage. Auch da spielen wichtige wirtschaftliche Interessen mit, besonders auf englischer Seite. Von Interesse wird hierbei die Haltung der nationalistischen türkischen Delegation sein. Es wird sich zeigen, wieweit die Freundschaft mit Sowjet-Rußland standhält.

Unsere Stellung zu der Londoner Konferenz ist bekannt. Sie deckt sich mit den Kundgebungen der englischen und französischen Arbeiter. Der Weltkrieg hat den Weltkapitalismus in eine Krise gestürzt, aus der nur die internationale Aktion der Arbeiterklasse herausführen kann.

Die Hauptteilnehmer an der Londoner Konferenz sind für Großbritannien Lloyd George und Lord Curzon, für Frankreich Briand, Bertholet, Loucheur, Doumer, Marschall Foch, General Weygand, für Italien Graf Sforza, De Martino, Marchese De la Torretta, General Marietta und Galli, für Belgien Jaspar, Theunis, Delacroix, General Maglinse, für Japan Baron Hayashi, für Griechenland Kalogeropulos, für die Konstantinopeler Regierung Tewfik Pascha, Reschid Pascha, Osman Nizami Pascha, für die Regierung von Angora Bekir Sami Bey und General Kiasim Pascha.

Die Liste der Kriegsverbrecher

Ein Vertreter der Oberreichsanwaltschaft und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes reisten gestern abend nach London ab, um mit dem englischen Generalstaatsanwalt gewisse technische Fragen wegen der Beweiserhebung in den englischen Fällen der sogen. Liste der 45 zu besprechen.

Note der Reparationskommission

Paris, 20. Februar.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine Note, nach der die deutsche Regierung aufgefordert worden ist, spätestens zum 15. Februar die Sachverständigen nach Paris zu entsenden, die das der Kriegslastenkommission vorgelegte Material prüfen können. So sollen Verzögerungen vermieden werden, die entstehen würden, wenn die Reklamationen der Alliierten Regierungen erst nach Berlin gesandt werden müßten.

Ferner werden in der Note eingehende Mitteilungen über die von der Reparationskommission festgesetzte Arbeitsmethode gemacht.

Der rheinische Straßenbahnerstreik

Die Verhandlungen gescheitert

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 21. Februar.

Die **Einigungsverhandlungen in Essen,** die am Samstag stattfanden, sind vollkommen gescheitert, obwohl sämtliche anwesende Regierungsvertreter den Unternehmern förmlich mit Engelszungen zuredeten, ihren schroff ablehnenden Standpunkt aufzugeben. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde alles versucht, ein einigermaßen annehmbares Resultat zu erzielen. Sogar ihr Angebot, den Schiedsspruch nur für die Monate Januar-Februar anzuerkennen, und am 15. März neu zu verhandeln, verfiel glatt der Ablehnung. Desgleichen der Vorschlag, die Löhne, wie sie der Schiedsspruch festgelegt hat, unter Protest zu zahlen und alles übrige der Zukunft zu überlassen. Die Unternehmer erklärten sich lediglich bereit, eine Bezahlung nach Kalendertagen, Löhne nach Arbeitstagen, ungefähr in der vom Schiedsspruch festgesetzten Höhe zuzüglich 2 Mark Ausstandsgeld zu bewilligen. Dieses Angebot, das in seiner Wirkung erheblich hinter den Dortmunder Vereinbarungen bleibt, mußte von den Arbeitnehmervertretern zurückgewiesen werden.

Damit ist nach menschlichem Ermessen jede Möglichkeit genommen, eine für das ganze westfälische Industriegebiet so überaus bedeutungsvolle wirtschaftliche Frage anders als durch das Mittel schärfsten Kampfes zur Entscheidung zu bringen. Die Unternehmer mögen nicht zu früh triumphieren. Denn wie der Streik auch ausgehen mag — eins ist jetzt schon sicher: eine ganze Anzahl finanziell schwächerer Straßenbahnunternehmungen in Rheinland und Westfalen wird auf der Strecke bleiben.

Die Abstimmung in Oberschlesien

London, 21. Februar. (Amtlich.)

Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die oberschlesischen Landeseinwohner und die auswärtswohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

Mit diesem Beschluß ist die Londoner Konferenz von der Entscheidung der Botschafterkonferenz, die für die auswärtswohnenden Abstimmungsberechtigten einen späterliegenden Termin vorsah, abgekommen und dem deutschen Standpunkt beigetreten, daß nur die gleichzeitige Abstimmung aller Wahlberechtigten dem Wortlaut des Friedensvertrages entspricht.

Wie WTB. meldet, ist an amtlicher Stelle in Berlin über den Beschluß des Obersten Rates in der Frage der oberschlesischen Volksabstimmung bisher noch nichts bekannt.

Abstimmung am 20. März!

Der „Temps" meldet aus London: Der Oberste Rat in London hat beschlossen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien gemeinsam am 20. März stattfinden soll. Zur Sicherung der Abstimmung werden vier englische Bataillone nach Oberschlesien entsandt werden.

Die Internationale Sozialistische Konferenz

Heute treten in Wien die Delegierten aller aus der zweiten Internationale ausgetretenen und der Moskauer Internationale nicht angehörenden Parteien zu einer Konferenz zusammen, um auf dem Boden der auf der Berner Vorkonferenz und später in Innsbruck formulierten Leitsätze eine internationale sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die das revolutionäre Proletariat aus seiner gegenwärtigen Zerrissenheit und Aktionsunfähigkeit herausführen soll.

Der Wiener Konferenz steht die große Aufgabe bevor, das Werk fortzusetzen und zu vollenden, das in den ersten Kriegsjahren in den Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal begonnen wurde. Es waren nur die dem revolutionären Marxismus treugebliebenen Minderheiten in den einzelnen Ländern, die sich auf jenen Konferenzen zusammenfanden. Aber das historische Verdienst dieser Minderheiten bestand darin, daß sie ungeachtet der außerordentlichen Schwierigkeiten der damaligen Situation das Banner des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den Krieg und den Imperialismus aufrichteten und dem triumphierenden Sozialpatriotismus und Nationalismus die alten Klassenkampfgedanken des revolutionären Marxismus entgegenstellten. Die zweite Internationale war tot. Sie war zertrümmert durch die verräterische Preisgabe der wichtigsten Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse. Sie war entehrt und der Lächerlichkeit preisgegeben durch die Burgfriedens- und Durchhaltepolitik der sozialistischen Mehrheiten, vor allem der deutschen Mehrheitspartei, die ihren Frieden mit den bürgerlichen Parteien schlossen, um angeblich im Interesse der „Vaterlandsverteidigung" den Sozialismus an den Nationalismus zu verraten. Eine Internationale der Nationalisten war entweder eine Komödie oder ein Betrug. So starb denn diese Internationale an ihrer inneren Unzulänglichkeit, an der nationalistischen Verwirrung und der reformistischen Spiegelfechterei ihrer einzelnen Bestandteile, und die Aufgabe, die sich daraus für jene revolutionären Minderheiten in den einzelnen Ländern ergab, bestand darin, aus den Trümmern der alten Internationale eine neue zu schaffen, die frei von den Sünden der Vergangenheit die Aussicht eröffnete, die revolutionäre Saat des großen Krieges für das Werk der sozialen Revolution nutzbar zu machen.

Mit der Liquidierung des Krieges brausten die Stürme der Revolution über Ost- und Mitteleuropa, die die Fragen der Verwirklichung des Sozialismus in unmittelbare Nähe rückten. Das Problem der Internationale erlangte in dieser Situation eine Bedeutung, die weit über diesen Rahmen hinausreichte, der in Zimmerwald und Kienthal gesteckt worden war. Es handelte sich nun nicht mehr um die Frage der Bewilligung der Kriegskredite und des internationalen Kampfes um den Frieden, es galt vielmehr, jene gemeinsame Grundlage zu schaffen, auf der das Proletariat, aufgewühlt durch Krieg und Revolution, den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und den Aufbau des sozialistischen Staates beginnen sollte. Die russische Revolution, die im November 1917 zur Aufrichtung der bolschewistischen Diktatur geführt hatte, rückte den Gedanken der sozialen Revolution auch in den Gesichtskreis der westeuropäischen Arbeiterklasse. Die Revolution in Deutschland und Oesterreich bestärkte und beschleunigte diesen Prozeß der Revolutionierung des internationalen Proletariats und trug ihre Funken auch in die Siegerländer hinein, in denen das Proletariat trotz der nationalistischen Verseuchung dieser Länder mehr und mehr zu der Erkenntnis gelangte, daß es der eigentliche Besiegte im Kriege sein würde, wenn es ihm nicht gelänge, dem politischen Machtkampf mit der Bourgeoisie zu seinen Gunsten auszufechten.

Auf diesem Hintergrunde erlangte das Problem der Internationale jene ungeheure Bedeutung, die ihm in den Arbeitermassen aller Länder zugewiesen wurde. Dieses Streben nach einer zentralen Führung war diktiert von den praktischen Bedürfnissen der revolutionären Bewegung des Weltproletariats. Aber in der Ueberspannung des Begriffs der Internationale steckte auch ein gutes Stück Utopismus, war jene naive Vorstellung von einer allbeherrschenden und alles leitenden höheren Macht enthalten, die die soziale Revolution ebenso kommandieren könne, wie es die Generalstäbe der kämpfenden Armeen während des Weltkrieges taten. Zu plötzlich waren die breiten proletarischen und halbproletarischen Massen aus dem Krieg in die Revolution geschleudert worden, als daß sie nicht auch die Begriffe und Methoden des Militarismus auf das neugewonnene sozialistische Evangelium übertragen hätten. Nur im Prozeß der fortschreitenden revolutionären Entwicklung gelangten diese proletarischen Massen allmählich zu der Erkenntnis, daß der Kampfboden der sozialen Revolution schwieriger und steiniger ist, als der Boden des Exerzierplatzes oder des Schlachtfeldes, und daß die Ideologie eines roh angestrichenen Militarismus keineswegs geeignet ist, den komplizierten Aufgaben des politischen Machtkampfes und der sozialistischen Erziehungs- und Aufbauarbeit des Proletariats gerecht zu werden.

Diesem geistigen Klärungsprozeß in den Reihen des marxistisch geschulten Proletariats ist es vor allem zuzuschrei-

den, daß der umfassende Werbefeldzug der Moskauer Internationale mit einem Mißerfolg geendet hat. Es gab eine kurze Zeit, in der trotz der Unzulänglichkeit der bolschewistischen Idee die Möglichkeit bestand, die Moskauer Internationale in eine Organisation aller revolutionären sozialistischen Parteien umzugestalten. Aber die russischen Bolschewisten, die an der Spitze dieser Internationale stehen, verstanden es nicht, die Gunst der historischen Stunde auszunutzen, sie stellten vielmehr die Aufgaben ihrer engeren Staatspolitik und ihres politischen Machtkampfes über die Interessen und Aufgaben der europäischen Revolution. Sie sahen nicht oder wollten nicht sehen, daß ihre Erfolge nur möglich geworden waren auf dem Boden der russischen Agrarrevolution, deren Bedingungen in Westeuropa vollkommen fehlen; sie sahen nicht oder wollten nicht sehen, daß die Aufgaben der proletarischen Revolution in Westeuropa unendlich schwieriger und komplizierter, aber dafür auch erfolgversprechender sind als in Rußland, wo der überwiegend agrarische Charakter der Revolution zwar die Aufrechterhaltung der bolschewistischen Diktatur ermöglicht, dafür aber auch die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus ungeheuer erschwert und die angeblich kommunistische Sowjet-Republik ökonomisch in ihr Gegenteil verwandelt. Die bolschewistischen Diktatoren in Moskau ignorierten dies alles, sie sahen nur die drängenden Aufgaben der Tagespolitik, die sie vor die Alternative stellten, entweder ihre Illusionen aufzugeben und ihre Fehler zu korrigieren oder aber die proletarische Bewegung in Westeuropa zu beschleunigen, um mit Hilfe der westeuropäischen Arbeiterklasse den Sumpf der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands zu überwinden.

Aus diesem Streben heraus ist die ganze verfehlte Politik der bolschewistischen Internationale gegenüber den westeuropäischen sozialistischen Parteien zu erklären. Allzusehr fühlten sich die kommunistischen Machthaber im Kreml als die Generäle der Weltrevolution, als die Lehrmeister der sozialistischen Parteien der anderen Länder, um Rücksicht zu nehmen auf den organischen Entwicklungsprozeß der sozialen Revolution in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern. Die Folge war die Abkehr der Kerntruppen des sozialistischen Proletariats in allen Ländern von der Moskauer Internationale, die zwar vorübergehend eine Schwächung der proletarischen Front herbeigeführt, zugleich aber auch einer mehr vertieften, geklärten Anschauung über das Wesen und die Aufgaben der sozialen Revolution Raum geschaffen hat.

Auf diesem Boden wird nun die Wiener internationale sozialistische Konferenz zu arbeiten haben. Sie geht keineswegs darauf aus, eine neue internationale Organisation zu schaffen. Ihr Bestreben ist vielmehr darauf gerichtet, durch Schaffung eines gemeinsamen programmatischen und taktischen Bodens, der die Erfahrungen des Krieges und der Revolution berücksichtigt, jene internationale sozialistische Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen, die im Prozeß des aktiven Kampfes um konkrete Ziele die Vorbedingungen für eine Internationale der revolutionären sozialistischen Massen zu schaffen. Die in Wien vertretenen Parteien lehnen den rückständigen sozialreformerischen Charakter der zweiten Internationale ab, deren Ueberbleibsel vergeblich den Versuch machen, den Leichnam vom 4. August 1914 zu magnetisieren und die in ihrer Hilflosigkeit nicht sehen wollen, daß die neue Periode des proletarischen Machtkampfes auch an die Internationale neue gewaltige Aufgaben stellt. Gleichzeitig lehnen aber diese Parteien auch die Moskauer Internationale der kommunistischen und syndikalistischen Sekten ab, die mehr und mehr zu einem Hemmnis der sozialrevolutionären Entwicklung in Westeuropa, ja auch zu einem Hemmnis für die russische Revolution selbst geworden ist.

Die in Wien versammelten Delegierten geben sich nicht der Illusion hin, daß es von heute auf morgen gelingen würde, die augenblickliche geistige und organisatorische Zerrissenheit des Proletariats zu überwinden und jene Organisation zu schaffen, die die sozialistischen Endziele des Proletariats verwirklichen wird. Sie wissen, daß es nicht genügt, ein schönes Programm und Richtlinien auszuarbeiten, ein gewähltes Komitee mit diktatorischen Vollmachten zur Verwirklichung der aufgestellten Ziele auszurüsten. Sie glauben vielmehr, im Einklang mit dem Kommunistischen Manifest, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, werden sie vor allen Dingen die Grundlagen für jene großen internationalen Aktionen zu schaffen suchen, die, von der weltpolitischen Situation geboren, jene Front des internationalen Proletariats herstellen werden, die allein imstande ist, die heutige Zerrissenheit und Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse zu überwinden.

Neuordnung der Getreidewirtschaft

Am Montag sind in München die Ernährungsminister der einzelnen Länder zu einer Beratung zusammengetreten, der in der Hauptsache die Aufgabe der Neuordnung der Getreidewirtschaft gestellt ist. Das Reichsernährungsministerium erstrebt neben der Erhöhung der Getreidepreise auch eine teilweise Beseitigung der Zwangswirtschaft durch die Einführung des Umlageverfahrens, das bei der Haferbewirtschaftung so vollständig Schiffbruch erlitten hat, daß es wieder aufgehoben werden mußte. Der jetzige Plan des Ernährungsministeriums, einen Teil des Getreides öffentlich zu bewirtschaften, einen anderen Teil aber der Landwirtschaft zum freihändigen Verkauf zu überlassen, bringt so schwere Gefahren für die Versorgung der Bevölkerung mit sich, daß sich neben der sächsischen Regierung, über deren Stellungnahme wir neulich schon berichteten, auch das preußische Landwirtschaftsministerium gegen ihn wendet. In einer Zuschrift an die Presse erklärt es:

Die sichere Folge dieser Vorschläge würde eine unerträgliche Belastung der Reichskasse sein, denn zu den 20 Prozent des verfügbaren Inlandsgetreides müßte eine gewaltige Menge Auslandsgetreide beschafft werden, und daraus würde sich eine völlig unerträgliche Verteuerung des Brotpreises ergeben. Demgegenüber hat der preußische Landwirtschaftsminister eine Reihe anderer Vorschläge aufgestellt, die in München zur Beratung kommen werden. Auch Braun hält an dem Umlageverfahren als Grundlage fest. Aber für die Umlage soll nicht das letzte Jahr maßgebend sein, sondern der Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913; denn nur dieser Jahresdurchschnitt bietet den Maßstab für die Beurteilung der Leistungen, die durch die Landwirtschaft erreicht weren können.

Mit Rücksicht auf ihre Erfüllbarkeit soll die Umlage nicht zu hoch angesetzt werden. Die Ablieferung des Umlagesolls muß unter allen Umständen gesichert werden. Deshalb verlangt der preußische Landwirtschaftsminister folgendes: Die Landwirte, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, sollen gezwungen werden, den Fehlbetrag in Geld zu ersetzen, und zwar nach dem Preise für Auslandsgetreide. Von dem nicht durch die Umlage erfaßten Getreide darf der Landwirt im eigenen Betriebe Gebrauch machen, soweit nicht andere reichsgesetzliche Bestimmungen dem Verbrauch entgegenstehen. Das Getreide, das dann noch übrigbleibt, soll ebenfalls an das Reich abgeführt werden. Dafür erhält der Landwirt aber einen um 100 Prozent höheren Preis wie den für das Umlagegetreide festgesetzten, aber nicht in barem Gelde, sondern in Gestalt von künstlichen Düngemitteln. Damit würde eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erreicht werden.

Auch dieser Vorschlag will den Forderungen der Landwirtschaft nach höheren Preisen viel mehr entsprechen, als das durch die gesamte Wirtschaftslage gerechtfertigt erscheint. Die Produktionskosten der Landwirtschaft werden bei den gegenwärtigen Preisen ausreichend gedeckt. Eine Erhöhung würde den Landwirten Sondervorteile aus den Taschen der Allgemeinheit bringen und den notwendigen Abbau der Preise weiterhin erschweren.

Die Regierungsbildung

Die Wahlbetrachtungen der Abendpresse vermögen dem klaren Ausfall der Wahlen keine neue Note zu geben. Die Epiloge der deutschnationalen Presse aber bestätigen, daß in dieser Partei weit größere Erwartungen an den Wahlausgang geknüpft worden waren.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich jetzt vor allem mit den Möglichkeiten der künftigen Regierungsbildung. Die „Kreuz-Zeitung", unterstützt von den übrigen deutschnationalen Blättern, fordert eine rein bürgerliche Regierung und sucht der Möglichkeit der Heranziehung der Rechtssozialisten zu der Reichsregierung durch den Hinweis auf ihre bisherige ablehnende Haltung zu begegnen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt jedoch für die Deutsche Volkspartei die Geneigtheit, in die preußische Regierung einzutreten, also mit den Rechtssozialisten zusammenzugehen.

Die „Vossische Zeitung" weiß sogar zu melden, daß bereits Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung und über die Umbildung der Reichsregierung am Sonntag begonnen haben. An ihnen seien beteiligt gewesen der Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister Dr. Koch und der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann.

„Diese drei Parteien scheinen untereinander bereits einig zu sein. Mit den Sozialdemokraten sollen die Verhandlungen erst im Laufe des heutigen Nachmittags angeknüpft werden. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind die Meinungen darüber, ob man in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten solle, geteilt. In der jüngsten Zeit scheint aber jener Flügel die Oberhand gewonnen zu haben, der geneigt ist, diese Koalition anzunehmen. Von stärkstem Gewicht wird für die Entscheidung der Sozialdemokraten die Meinung und Haltung des Reichspräsidenten Ebert sein."

In der „Volkszeitung" tritt der Chefredakteur Ruschke für eine Neubildung der Regierung in Preußen und im Reiche ein, die einheitlich sein müßte.

„Das Ziel muß hier wie dort sein: eine Mehrheitsregierung, und das heißt, wie die Dinge heute liegen: keine Regierung ohne die Mehrheitssozialisten! Von diesem festen Boden ausgehend lassen sich verschiedene Kombinationen denken, über die im einzelnen zu reden sein wird, wenn das Wahlresultat ein sichereres Urteil gestattet, als es bis zur Stunde der Fall ist."

Der „Vorwärts" aber versteigt sich nur zu der allgemeinen Bemerkung, die Sozialdemokratie denke nicht daran, der Reaktion und dem Nationalismus auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.

Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen in Gefahr

Uns wird geschrieben: Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen wird durch einen Erlaß des Preußischen Volkswohlfahrtsministeriums vom 13. Januar 1921 ganz erheblich beschnitten. Ebenso wird durch einen Federstrich das verfassungsmäßig gewährleistete Tarifrecht der Krankenkassenangestellten einfach beseitigt. Zwischen den hauptsächlichsten Organisationen dieser beiden Interessengruppen besteht schon seit Jahrzehnten eine Tarifgemeinschaft, die auch gleichzeitig die Grundlage für ein verträgliches Zusammenarbeiten zwischen den ehrenamtlichen und berufstätigen Organen der Kassen gewährleistete.

Die Verfügung des Volkswohlfahrtsministeriums stellt einen Versuch dar, die Kassenangestellten einfach zu Beamten zu machen und sie in die Beamtenzwangsjacke zu pressen, während den Kassen jede Möglichkeit, die Dienstverhältnisse ihrer Angestellten zu regeln, genommen wird. Wiederholt schon hat in früheren Jahren die Staatsbureaukratie versucht, ihren lähmenden Einfluß auch auf die Betriebe der Krankenkassen auszudehnen. Jeder vernünftige Volkswirtschaftler muß solche Versuche mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Mit ganz besonderer Schärfe haben sich die Berufsgenossenschaften gegen ähnliche Versuche gewendet. Allerdings werden die Berufsgenossenschaften von den Arbeitgebern allein verwaltet und es sind hier die prominentesten Vertreter von Handel und Industrie, welche auf Tagungen und in der Presse jeder Verbeamtung und Verbureaukratisierung der Berufsgenossenschaften den Kampf angesagt haben. Es ist gar nicht einzusehen, daß die Arbeiterschaft, die in der Hauptsache die Krankenkassen zu verwalten hat, sich gefallen lassen sollte, was die Arbeitgeber weit von sich weisen.

So wenden sich denn auch die Vorstände großer Krankenkassen sowie die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Kassenangestellten gegen die bureaukratische Bevormundung, die aus der Verfügung des Preußischen Volkswohlfahrtsministers in aller Nacktheit hervortritt. **Die Versicherten der Krankenkassen müssen sich aber ebenfalls darüber klar sein, daß sie diesen Kampf im Interesse der Fortentwicklung des Krankenversicherungswesens und des Ausbaues ihrer Krankenkassen zu unterstützen haben.**

Bündnis zwischen Frankreich und Polen

Paris, 21. Februar.

Ministerpräsident Briand und der polnische Minister des Auswärtigen Fürst Sapieha haben am 19. Februar ein politisches Abkommen unterzeichnet. Es enthält erstens, die Verpflichtung der beiden Regierungen, sich über alle auswärtigen Fragen, die beide Staaten interessieren, miteinander zu verständigen. Der zweite Vertrag betrifft den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die beiden Regierungen wollen sich gegenseitig Unterstützung zuteil werden lassen, um ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und Sonderabkommen und einzelne Handelsverträge miteinander abschließen. Der dritte Vertrag ist ein Defensivbündnis, durch das sich beide Regierungen im Falle eines nichtprovozierten Angriffes die gemeinsame Verteidigung ihres Gebietes zusichern. Der vierte Vertrag endlich, verpflichtet die beiden Regierungen, sich gegenseitig zu beraten, bevor sie neue Abkommen schließen, die ihre Politik in Mittel- und Osteuropa betreffen.

Das Verbrechen

Je vollständiger das Ergebnis der Preußenwahlen wird, desto deutlicher ist zu erkennen, welches Verbrechen mit der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie an der ganzen deutschen Arbeiterklasse begangen worden ist. Noch am Tage vor der Wahl hat die „Rote Fahne" den Arbeitern zugerufen, sie sollten durch die Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels „millionenfach" die „befreiende Tat" fordern. Und tausendmal haben die kommunistischen Agitatoren verkündet, daß nur durch die Wahl von Kommunisten das Proletariat aus Not und Elend errettet und auf den Weg der Erlösung geführt werden könne. Oft genug wurde von ihnen vorausgesagt, daß sie diesmal Rechtssozialisten und Unabhängige gleichermaßen in die Pfanne hauen, daß sie zur führenden Partei der deutschen Arbeiterschaft emporsteigen würden.

In ihrer Montagabendausgabe ist die „Rote Fahne" recht kleinlaut geworden. Die Parole wird wieder einmal gewechselt. Jetzt behauptet sie plötzlich, die Wahlmüdigkeit, der weite Kreise der Arbeiterschaft verfallen sind, sei ein Zeichen der wachsenden „Klärung" und ein neuer Beweis dafür, daß bei der „Demokratie" keine Rettung für das Proletariat zu erwarten sei. Selbst die eigenen Anhänger der Kommunisten werden für diese Ausrede nur ein Lächeln übrig haben. Gewiß sind Parlamentswahlen keine revolutionäre Aktionen, die mit Straßenkämpfen, Abfeuern von Maschinengewehren, Werfen von Handgranaten und ähnlichen Dingen verglichen werden könnten. Aber jedes Wahlergebnis zeigt den politischen Reifezustand der Gesellschaft, ist im Verlauf der sozialen Revolution ein Gradmesser für die Geistesverfassung des Proletariats. Und von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, verdienen die Wahlen vom Sonntag die ganz besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat, wie nach der Spaltung nicht anders zu erwarten war, einen erheblichen Stimmenausfall erlitten. Das zu verschweigen, haben wir keinen Anlaß, und nichts wäre törichter, als dieser Tatsache gegenüber die Augen zu verschließen. Wohin aber sind die uns verlorengegangenen Wähler abgewandert? Hat sich ihr revolutionäres Bewußtsein soweit gestärkt, daß sie nunmehr den Kommunisten ihr Wohlwollen zuwandten? Die nachfolgenden Ergebnisse, die nur die Stimmenabgabe für die sozialistischen Parteien berücksichtigen, geben Antwort darauf:

Berlin-Stadt: U. S. P. D. Landtagswahlen 137 315 (Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 456 000), Verlust 259 685. S. P. D. 208 800 (187 000), Gewinn 21 800. K. P. D. 110 899 (14 000), Gewinn 96 899. Von dem Verlust, den die U. S. P. D. erlitten hat, sind 140986 der Arbeiterschaft überhaupt verloren gegangen.

Pommern: U. S. P. D. 37 690 (140 816), Verlust 103 126. S. P. D. 230 138 (174 643), Gewinn 55 495. K. P. D. 24 679 (10 037), Gewinn 14 642. Gesamtverlust für die Arbeiterschaft 32989.

Frankfurt a. M.: U. S. P. D. 11 304 (41 090), Verlust 29 786. S. P. D. 74 099 (67 858), Gewinn 6241. K. P. D. 10 017 (1235), Gewinn 8782. Verloren gegangene Arbeiterwähler 14763.

Dortmund: U. S. P. D. 9538 (37 630), Verlust 28 092. S. P. D. 30 366 (32 247), Verlust 1881. K. P. D. 18 829 (1393), Gewinn 17 436. Arbeiterstimmen gingen verloren 12 537. Hier hat die U. S. P. weder eine Presse, noch eine nennenswerte Organisation.

Breslau: U. S. P. D. 2144 (21 517), Verlust 19 373. S. P. D. 121 062 (111 220), Gewinn 9842. K. P. D. 8823 (1100), Gewinn 7723. Nimmt man an, daß ein beträchtlicher Teil der früheren unabhängigen Wähler ins rechtssozialistische Lager abgeschwenkt ist, so bleiben noch 1808 verlorengegangene Arbeiterstimmen. Presse und Organisation waren nach der Spaltung an die Kommunisten übergegangen.

Elberfeld: U. S. P. D. 8288 (24 136), Verlust 15 848. S. P. D. 19 184 (12 280), Gewinn 6904. K. P. D. 4622 (400), Gewinn 4222. Unter der Annahme, daß die Rechtssozialisten ihren Stimmenzuwachs aus der früheren unabhängigen Wählerzahl ziehen konnten, bleibt noch ein Verlust an Arbeiterstimmen von 4422.

Hannover: U. S. P. D. 3826 (28 900), Verlust 25 074. S. P. D. 101 999 (87 049), Gewinn 40 950. K. P. D. 12 845 (1074), Gewinn 11 771. Presse und Organisation der U. S. P. sind nach der Spaltung an die Kommunisten übergegangen.

Solingen: U. S. P. D. 1109 (10 654), Verlust 9545. S. P. D. 3503 (3584), Verlust 81. K. P. D. 7393 (343), Gewinn 7050. Gesamtverlust an Arbeiterstimmen 2576. Presse und Organisation der U. S. P. sind nach der Spaltung an die Kommunisten übergegangen.

Aus diesen Wahlergebnissen ersehen wir mit aller Deutlichkeit, daß das Spaltungswerk von Moskau zwar die Unabhängige Sozialdemokratie geschädigt hat, daß aber in Wirklichkeit der leidtragende Teil die Gesamtarbeiterschaft geworden ist. Besonders deutlich zeigt sich die verwüstende Tätigkeit der Kommunisten dort, wo sie Presse und Organisationen von uns übernommen haben, und wo es uns bisher nicht möglich war, eine nennenswerte Agitation zu entfalten. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Ergebnisse von Hannover, Breslau und Solingen.

Die „Rote Fahne" in ihrer Verlegenheit meinte gestern abend, daß das Ergebnis dieser Wahl nicht wenig zur Erkenntnis beitragen werde, „daß nur die revolutionäre Erhebung der Massen Befreiung bringen kann und wird". Das ist das übliche Parolengestammel der Kommunisten, wenn man sie danach fragt, was sie darunter verstehen und wie sie sich die Ausführung dieser Parole vorstellen, dann ist betretenes Schweigen oder wütendes Geschimpfe die Antwort. Eine andere Antwort auf dieses Gestammel hat freilich Rosa Luxemburg schon gegeben, als sie in das Spartakusprogramm folgende Sätze niederschrieb:

„Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes."

Den Kommunisten, als den Erben des Spartakusbundes, ist am Sonntag gezeigt worden, wie die deutsche Arbeiterklasse über sie denkt. Und wir meinen, daß dieses Ergebnis der Wahl nicht gering zu schätzen ist.

Die Unabhängige Sozialdemokratie aber lebt, und sie wird erst recht alle Anstrengungen machen, um das Verbrechen, das von den Moskauer Diktatoren und ihren deutschen Untergebenen an der Arbeiterklasse begangen worden ist, wieder wettzumachen.

Provinziallandtagswahl. Gemäß § 56 der Wahlordnung vom 31. 12. 20 ist der Wahlausschuß auf Mittwoch, den 23. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, zu einer Sitzung zur Ermittelung des Wahlergebnisses der Provinziallandtagswahl in den Magistratssitzungssaal (Rathaus, 1 Treppe) einberufen. Die Verhandlungen des Wahlausschusses sind öffentlich.

Die Preußenwahlen

Vorläufiges Gesamtergebnis

Bis 11 Uhr abends lagen aus 19 von 22 Wahlkreisen die Resultate vor, danach können bisher 327 Abgeordnete als gewählt gelten. Diese verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Unabhängige	20
Mehrheitssozialisten	95
Kommunisten	23
Deutschnationale	57
Deutsche Volkspartei	46
Zentrumspartei	67
Demokraten	17
Wirtschaftspartei	2

Diese Uebersicht hat sich ergeben aus den Wahlen nach den Kreiswahlvorschlägen und aus der Verrechnung der Reststimmen in den Verbindungserklärungen. Es fehlen noch die Resultate aus den Wahlkreisen 15 Osthannover, 20 Köln-Aachen und 21 Koblenz-Trier. Erst wenn diese Resultate vorliegen, ist es möglich, noch die auf die Landeswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten zu errechnen.

Wahlkreis 3 (Teltow-Beeskow)

Gesamtergebnis:

Im Wahlkreis 3 wurden insgesamt 757 839 Stimmen abgegeben und zwar für folgende Parteien:

U. S. P. D.	100 665
S. P. D.	123 436
K. P. D.	54 703
Deutschnationale	154 559
Deutsche Volkspartei	150 272
Demokraten	72 536
Zentrum	22 938
Wirtschaftspartei	38 595

Von unserer Partei sind die Genossen Klaußner-Storkow und Klodt-Adlershof gewählt.

Teilergebnisse:

Bohnsdorf. U. S. P. D. 396, S. P. D. 378, K. P. D. 114, D. N. 208, D. V. 41, Wirtsch. V. 10, Zentr. 7, Dem. 4.
Deutsch-Wusterhausen. U. S. P. D. 134, S. P. D. 23, K. P. D. 62, D. N. 207, Dem. 11.
Drewitz. U. S. P. D. 200, S. P. D. 23, K. P. D. 78, D. V. 235, Dem. 40, Zentr. 2.
Eichwalde. U. S. P. D. 234, S. P. D. 241, K. P. D. 52, D. V. 433, Dem. 230, D. N. 216, Zentr. 77, Wirtsch. V. 2.
Groß-Köris. U. S. P. D. 90, S. P. D. 103, K. P. D. 2, D. V. 104, D. N. 24, Wirtsch. V. 13, Dem. 4.
Grübendorf (Kreis Teltow). U. S. P. D. 45, S. P. D. 54, D. N. 74, D. V. 35, Dem. 10, ungültig 15.
Jachsenbrück. U. S. P. D. 17, S. P. D. 51, K. P. D. 3, D. N. 81, D. V. 17.
Kolonie Neuhof. U. S. P. D. 20, S. P. D. 7, K. P. D. 3, D. N. 112, D. V. 2.
Krummensee. U. S. P. D. 17, S. P. D. 24, K. P. D. 3, D. V. 19, D. N. 14, Dem. 1.
Kiekebusch. U. S. P. D. 40, S. P. D. 2, K. P. D. —, D. N. 71, Dem. 4, Wirtsch. V. 1.
Klein-Köris. U. S. P. D. 80, S. P. D. 21, K. P. D. —, D. N. 51, D. V. 43, Wirtsch. V. 13, Dem. 1.
Königswusterhausen. U. S. P. D. 279, S. P. D. 286, D. V. 200, D. N. 120, Dem. 78, Wirtsch. V. 60, Zentr. 7.
Lichterfelde. U. S. P. D. 2119, S. P. D. 4526, K. P. D. 1095, D. V. 7593, D. N. 5383, Wirtsch. V. 1832, Dem. 1648, Zentr. 718.
Lankwitz. U. S. P. D. 688, S. P. D. 1394, K. P. D. 561, D. V. 2134, D. N. 1326, Dem. 439, Zentr. 179, Wirtsch. V. 188.
Löpten. U. S. P. D. 44, S. P. D. 26, K. P. D. —, D. N. 22, Wirtsch. V. 3, Dem. 3, D. V. 1.
Niederlehme. U. S. P. D. 148, S. P. D. 412, K. P. D. 81, D. V. 175, D. N. 114, Zentr. 29, Dem. 28, Wirtsch. V. 4.
Niersdorf. U. S. P. D. 81, S. P. D. 81, K. P. D. 41, D. N. 60, D. V. 45, Dem. 15, Zentr. 5, Wirtsch. V. 2.
Osdorf. U. S. P. D. 73, S. P. D. 55, K. P. D. 18, D. N. 53, D. V. 43, Zentr. 10, Wirtsch. V. 2.
Schulzendorf. U. S. P. D. 27, S. P. D. 77, K. P. D. 43, D. N. 85, D. V. 11, Dem. 4.
Schenkendorf bei Königswusterhausen. U. S. P. D. 224, S. P. D. 52, K. P. D. 96, D. V. 76, D. N. 55, Zentr. 7, Dem. 5.
Senzig. U. S. P. D. 182, S. P. D. 180, K. P. D. 20, D. V. 138, D. N. 55, Dem. 7.
Woltersdorf. U. S. P. D. 71, S. P. D. 88, K. P. D. 12, D. N. 147, D. V. 31.
Wünsdorf. U. S. P. D. 98, S. P. D. 23, K. P. D. 27, D. N. 290, D. V. 25, Dem. 9, Zentr. 4.
Werlsee. U. S. P. D. 175, S. P. D. 213, K. P. D. 77, D. V. 183, Dem. 160, D. N. 125, Zentr. 6.
Wildau. U. S. P. D. 439, S. P. D. 710, K. P. D. 217, D. V. 232, Dem. 96, Landesp. 46, D. N. 24, Wirtsch. V. 4.
Zeuthen. U. S. P. D. 174, S. P. D. 249, K. P. D. 62, D. V. 211, D. N. 94, Dem. 111, Zentr. 21, Wirtsch. V. 4.
Zeesen. U. S. P. D. 135, S. P. D. 60, K. P. D. 16, D. N. 41, D. V. 27, Dem. 4.
Zehrendorf bei Zossen. U. S. P. D. 35, S. P. D. 89, K. P. D. 2, D. N. 93, D. V. 23, Zentr. 10, Dem. 5, Wirtsch. V. 3.
Zernsdorf. U. S. P. D. 58, S. P. D. 61, K. P. D. 61, Dem. 135, D. V. 23.
Zossen und Umgegend. Teilergebnis. U. S. P. D. 429, S. P. D. 1237, K. P. D. 418, D. N. 1817, D. V. 881, Dem. 366, Christl. V. 55.

Wahlkreis 4 (Potsdam-Niederbarnim)

Gesamtergebnis:

Vom 4. Wahlkreis liegt das amtliche Ergebnis bis auf sieben kleinere Orte vor, die aber an dem Ergebnis nichts mehr ändern können. Das Stimmenverhältnis ist folgendes:

U. S. P. D.	100 631
S. P. D.	220 990
K. P. D.	67 023
Deutschnational	192 925
Deutsche Volkspartei	131 776
Demokraten	50 934
Zentrum	16 096
Wirtschaftspartei	29 306

Gewählt sind von unserer Partei die Genossen Richter-Lichtenberg und Olm-Velten.

Teilergebnisse:

Alt-Biesdorf. U. S. P. D. 31, S. P. D. 89, K. P. D. 114, D. N. 117, D. V. 81.
Bruchmühle (Kreis Niederbarnim) U. S. P. D. 124, S. P. D. 42, K. P. D. 52, D. V. 129, Dem. 26, D. N. 24.
Cummersdorf-Kletzdorf. U. S. P. D. 17, S. P. D. 22, K. P. D. —, D. N. 182, D. V. 14, Dem. 1.
Eichwerder (Oderbruch). U. S. P. D. 15, S. P. D. 10, K. P. D. 32, D. N. 117, D. V. 17, Zentr. 1.
Eggersdorf: U. S. P. D. 53, S. P. D. 150, K. P. D. 84, D. N. 144, D. V. 125, Dem. 7, Wirtsch. V. 1.
Fredersdorf: U. S. P. D. 112, S. P. D. 207, K. P. D. 64, D. V. 188, D. N. 148, Dem. 3.
Herzfelde. U. S. P. D. 385, S. P. D. 188, K. P. D. 362, D. N. 248, D. V. 106, Dem. 64, Wirtsch. V. 46, Zentr. 9.
Kagel. U. S. P. D. 79, S. P. D. 28, K. P. D. 14, D. N. 117, D. V. 21, Dem. 4.
Kienbaum. U. S. P. D. 1, S. P. D. 8, K. P. D. 10, D. N. 61, D. V. 12.
Klosterfelde. U. S. P. D. 86, S. P. D. 246, K. P. D. 106, D. N. 122, D. V. 109, Dem. 107.
Neu-Trebbin (Oderbruch). U. S. P. D. 60, S. P. D. 220, K. P. D. 71, D. N. 292, D. V. 121, Dem. 91.
Neu-Liezegörike (Oderbruch). U. S. P. D. 43, S. P. D. 14, K. P. D. 39, D. N. 127, D. V. 14.
Neu-Lewin. U. S. P. D. 143, S. P. D. 36, K. P. D. 7, D. N. 198, D. V. 151, Dem. 15.
Petershagen: U. S. P. D. 217, S. P. D. 435, K. P. D. 68, D. N. 295, D. V. 134, Dem. 59.
Rahnsdorf. U. S. P. D. 153, S. P. D. 348, K. P. D. 163, D. V. 452, D. N. 368, Dem. 84, Zentr. 38, Wirtsch. V. 29.
Strausberg: U. S. P. D. 905, S. P. D. 756, K. P. D. 926, D. N. 901, Wirtsch. V. 607, Dem. 476, D. V. 453, Zentr. 57.
Vogelsdorf: U. S. P. D. 23, S. P. D. 58, K. P. D. 72, D. V. 58, D. N. 43.
Wandlitz. U. S. P. D. 40, S. P. D. 193, K. P. D. 3, D. V. 223, D. N. 184, Dem. 8.
Wensickendorf. U. S. P. D. 25, S. P. D. 157, K. P. D. 20, D. N. 149, D. V. 36, Dem. 5.
Wuschewier (Oderbruch). U. S. P. D. 14, S. P. D. 16, K. P. D. 66, D. N. 244, D. V. 19, Dem. 8.

Die nächste Aufgabe

Die bürgerlichen Parteien verdanken ihre Wahlerfolge in erster Linie der weitverbreiteten Presse. Auch die Rechtssozialisten verfügen über einen großen Presseapparat, der ihnen bei den Wahlen wertvolle Dienste leistete. Die Presse der U. S. P. D. hingegen mußte nach dem Kriege erst mit großen Opfern ins Leben gerufen werden. Kaum im Aufblühen begriffen, wurde das Werk durch die Moskauer Spaltungsfanatiker wieder zerschlagen. Jetzt heißt es, an die Arbeit gehen. Die „Freiheit", das führende Blatt der U. S. P. D., muß ihren Leserkreis erweitern. Ihre weiteste Verbreitung bietet die beste Gewähr dafür, daß die Periode der Verwirrung und der Müdigkeit überwunden und die große revolutionäre Kampffront wiederhergestellt wird, die allein den Sieg des Sozialismus ermöglicht. Jeder neue Leser der „Freiheit" ist ein neuer Kämpfer für die Freiheit. Darum

werbt für die „Freiheit"

Wahlergebnisse aus dem Lande

1. Wahlkreis, Ostpreußen. Da die Wahlen zum Preußischen Landtage ähnliche Zahlen ergeben haben wie bei der Reichstagswahl, dürften gewählt sein: 1 Unabhängiger, 5 Mehrheitssozialisten, 1 Kommunist, 6 Deutschnationale, 2 Zentrum, 3 Deutsche Volkspartei und 1 Demokrat (Ministerpräsident Dr. Wendorff).

Königsberg. Nach dem vorläufigen Endergebnis stellt sich die Reichstagswahl in Königsberg (Stadt) in runden Ziffern wie folgt: U. S. P. D. 12 000 (Reichstagswahl 1919: 27 793), S. P. D. 20 900 (51 733), K. P. D. 23 000 (0), Dem. 8200 (30 287), D. N. 14 400 (7546), D. V. 42 700 (27 556), Zentr. 3100 (4319), Wirtsch.-P. 3500 (0), Polen 5(0), ungültig 7500. Das Ergebnis der Landtagswahlen dürfte hiervon nicht wesentlich abweichen.

Wahlkreis 6, Pommern (ohne Kreis Ueckermünde). Es erhielten die U. S. P. D. 39 131 Stimmen, S. P. D. 239 328, K. P. D. 26 398, D. N. 352 430, D. V. 114 379, Zentr. 4706, Dem. 62 776, Wirtsch. V. 15 722.

Wahlkreis 7 (Breslau). 850 798 gültige Stimmen. Es haben erhalten U. S. P. D. 8059, S. P. D. 350 149, K. P. D. 22 587, D. N. 188 758, Zentr. 172 974, D. V. 74 789, Dem. 49 390, Wirtschaftspartei 14 062.

Wahlkreis 8. Liegnitz. 568 637 gültige Stimmen. Davon erhielten die Unabhängigen 10 673, die Mehrheitssozialisten 225 449, die Kommunisten 14 627, das Zentrum 50 192, die Demokraten 53 609, die Deutschnationalen 130 013, die Deutsche Volkspartei 67 116 und die Wirtschaftspartei 16 958 Stimmen.

Wahlkreis 10. Magdeburg. Vorläufiges Endergebnis: U. S. P. D. 44 183 (1 Sitz), D. N. 104 395 (2 Sitze), D. V. 88 786 (2 Sitze), Dem. 58 102 (1 Sitz), Zentr. 9770, Wirtsch. V. 2071, S. P. D. 228 678 (5 Sitze), K. P. D. 23 596.

Wahlkreis 11. Merseburg. 677 928 gültige Stimmen. Davon erhielten die U. S. P. D. 75 879, S. P. D. 74 889, K. P. D. 204 569, D. N. 153 872, D. V. 97 031, Dem. 66 420, Zentr. 8288 Stimmen. Es entfallen auf die Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und Demokraten je ein Sitz, auf die Kommunisten 5 Sitze, auf die Deutschnationalen 3 Sitze, auf die Deutsche Volkspartei 2 Sitze.

Wahlkreis 12. Erfurt. Vorläufiges amtliches Ergebnis: Unabhängige 1 (Redakteur Kleinspehn-Nordhausen), Deutsche Volkspartei 1 (Dr. Pinkerneil-Berlin), Zentrum 1 (Lehrer Dietrich-Halle).

Wahlkreis 13 (Schleswig). Gewählt sind: 6 S. P. D., Reststimmen 10 943; 1 Demokrat, Reststimmen 19 335; 3 Deutschnationale, Reststimmen 21 354; 3 Deutsche Volkspartei, Reststimmen 3177; 1 Kommunist, Reststimmen 1160. Ferner erhielten: Zentrumspartei 5575, U. S. P. D. 21 904, Schleswig-Holsteinische Landespartei 27 628, Schleswiger Verein 4684 Stimmen.

Kiel. Auf Grund der bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Schleswig-Holstein für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen entfällt ein Mandat auf die Deutschnationalen (Dr. Oberfohren), ein Mandat auf die Deutsche Volkspartei (Dr. Runkel), ein Mandat auf die Demokraten (Graf Bernstorff) und zwei Mandate auf die Mehrheitssozialdemokraten (Schröder und Frohme).

Wahlkreis 14 (Weser-Ems). Gesamtzahl der gültigen Stimmen: 278 077. Es erhielten die Unabhängigen 14 745, Mehrheitssozialisten 53 212, die Zentrumspartei 104 620, die demokratische Partei Ostfriesland 12 598, die Demokratische Partei 13 048, die Deutschnationalen 23 611, die Deutsche Volkspartei 49 485 und die Kommunisten 6658. Es entfallen also auf die Mehrheitssozialisten 1, auf die Zentrumspartei 2 und auf die Deutsche Volkspartei 1 Sitz, zusammen also 4 Sitze.

Wahlkreis 16 (Hannover-Süd). Gewählt sind: 7 S. P. D. (darunter Oberbürgermeister Leinert), Reststimmen 14 427; 4 Deutsch-Hannoveraner und Zentrum, Reststimmen 4400; 1 Demokrat, Reststimmen 3412; 1 Deutschnationaler, Reststimmen 16 685; 3 Deutsche Volkspartei, Reststimmen 14 132; U. S. P. D. kein Abgeordneter, Reststimmen 16 278; K. P. D. kein Abgeordneter, Reststimmen 25 475.

Wahlkreis 18, Westfalen-Süd. Vorläufiges amtliches Ergebnis: U. S. P. D. 84 049, S. P. D. 283 601, K. P. D. 106 729, D. V. 177 319, D. N. 92 494, Dem. 58 422, Zentr. 334 398. — Gewählt sind die Genossen Dißer-Bochum und die Genossin Orentrop.

Wahlkreis 22. Düsseldorf-Ost. Es entfielen auf die Unabhängigen 2 Sitze (Obuch-Düsseldorf, Frau Sophie Christmann-Barmen), Sozialdemokraten 3 Sitze, Kommunisten 3 Sitze, Deutschnationale Volkspartei 3 Sitze, Zentrum 6 Sitze, Deutschdemokratische Partei 1 Sitz.

Wahlkreis 23. Düsseldorf-West. Es erhielten die Unabhängigen 23 369, die Mehrheitssozialisten 94 979 (2 Sitze), die Kommunisten 65 741 (1 Sitz), die Deutschnationalen 53 091 (1 Sitz), die Deutsche Volkspartei 89 805 (2 Sitze), Zentrum 290 664 (7 Sitze), die Demokraten 21 077.

Das Wahlergebnis in der Einheitsgemeinde Groß-Berlin

Das genaue Ergebnis der Wahlen in den Orten, die jetzt zur neuen Stadtgemeinde Berlin gehören, ist noch nicht festgestellt. Seine Ermittelung ist mit Schwierigkeiten verbunden, weil die neue Stadtgemeinde Berlin zu drei Wahlkreisen gehört und die Ergebnisse ganz neu gruppiert werden müssen. Von einer Korrespondenz wird folgendes vorläufiges Gesamtergebnis mitgeteilt (die Zahlen in Klammern sind die vom 20. Juni 1920):

Unabhänige	352 379	(633 606)
Rechtssozialisten	427 381	(283 495)
Kommunisten	194 946	(—)
Insgesamt	964 916	
Deutschnationale	339 048	(188 200)
Deutsche Volkspartei	301 350	(292 080)
Demokraten	147 898	(116 747)
Zentrum	74 564	(61 441)
Wirtschaftspartei	98 311	(69 536)
Insgesamt	961 171	

Nach diesem Ergebnis würden die bürgerlichen Parteien den Vorsprung, den die Sozialisten bei der Stadtverordnetenwahl am 20. Juni gewonnen hatten, eingeholt haben. Damals standen 917 101 sozialistischen Stimmen nur 728 007 bürgerliche Stimmen gegenüber. Die von der Korrespondenz angegebenen Zahlen über den jetzigen Wahlausfall wird man aber kaum als sichere Grundlage nehmen können, so daß auch ein Urteil, ob in der neuen Stadtgemeinde die Mehrheit der Wähler auch diesmal sozialistisch gestimmt hat oder nicht, noch nicht einwandfrei zu fällen ist.

Mietausgleich statt Zwangswirtschaft?

Die gesetzliche Regelung der Mietpreise, die wenigstens dem Wucher auf diesem Gebiet einen Riegel vorschiebt, ist den Hausbesitzern natürlich ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln und Vorwänden wird versucht, diese Bestimmung rückläufig zu machen und dem Wucher auch in den Mietpreisen schrankenlosen Spielraum zu gewähren. Natürlich wird diese Absicht immer mit einer sozialen Floskel verkleidet. Hierauf läuft auch ein Vorschlag hinaus, den der Direktor des Wohnungsamtes Nürnberg, Dr. Heinrich Serini, der Oeffentlichkeit unterbreitet. Er empfiehlt folgenden Weg:

„Die Niederhaltung der Mieten wird aufgehoben. Die Mieten können sich also frei einstellen. Es entsteht dann ein Differenzbetrag zwischen der Friedensmiete und der neuen Miete. Von dem Differenzbetrag erhält der Hausbesitzer einen Prozentsatz, der von Jahr zu Jahr in angemessener Höhe allgemein festgesetzt wird, als Ersatz für die vermehrten Kosten an Bauunterhalt, Verwaltung usw. Der Rest des Differenzbetrages wird als „Mietüberschuß" von den Städten eingehoben und an die Bevölkerung des betreffenden Stadtbezirks nach Kopfzahl verteilt (Kinder halbe Teile), sodaß jeder einen angemessenen „Mietzuschuß" erhält. Die Eigentümer von Neubauten zahlen natürlich keinen Mietüberschuß, die Mieter von Neubauten erhalten aber, wie alle Mieter, ihren Mietzuschuß."

Daß bei diesem System ein nennenswerter Teil des höheren Mietpreises als Mietzuschuß wieder an den Mieter zurückfließen würde, das wird wohl auch der Vater dieses Planes selbst nicht denken. Bliebe wirklich ein Bruchteil übrig, so würde dieser bestimmt von der neuen „Mietausgleichsgesellschaft" aufgesogen werden. Umso freier aber wäre der Hausbesitzer in der Festsetzung seiner Miete. Er würde diese schon so einsetzen, daß auch die vorgeschriebene Abgabe ihm mehr als einen erträglichen Nutzen übrig läßt. Alle derartigen Pläne müssen von vornherein bekämpft werden. Die am Volk getriebene Bewucherung ist unerträglich genug. Sie braucht nicht noch auf die Ausbeutung der bestehenden Wohnungsnot ausgedehnt zu werden.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Reichsaufträge in Höhe von 16 Milliarden Mark

Dem Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für produktive Erwerbslosenfürsorge lag am 17. Februar eine Eingabe der Chemnitzer Gewerkschaften auf Aenderung der Vorschriften zur Erwerbslosenfürsorge vor. In der Erörterung erklärten die Vertreter der Regierung, daß eine Erhöhung der Unterstützung bei der Finanzlage des Reiches unmöglich sei, es bleibe also nur der auch aus sittlichen Gründen vorzuziehende Weg der Arbeitsbeschaffung. Die Reichseisenbahnverwaltung, die Post und andere Behörden haben zurzeit Reichsaufträge in Höhe von etwa 16 Milliarden Mark in Aussicht genommen. Für diese Arbeiten müßte eine Arbeitsstreckung eintreten, um möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen.

Der Unterausschuß für produktive Erwerbslosenfürsorge richtet deshalb an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die Ausgabe dieser Aufträge und die Bereitstellung der vorgesehenen Mittel derartig zu beschleunigen, daß der großen Arbeitslosigkeit schon in Bälde gesteuert werden kann und diese Reichsaufträge an gewisse Bedingungen im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu knüpfen. Als solche Bedingungen erachtet der Reichswirtschaftsrat die folgenden für angenommen:

1. Die Bevorzugung solcher Bezirke, in denen die Arbeitslosigkeit dauernd einen außerordentlich hohen Stand erreicht hat.
2. Die Verteilung der Arbeitsgelegenheit in einer Weise, daß möglichst viele Arbeitslose eingestellt und beschäftigt werden können sowie, daß die bisher Vollbeschäftigten die gleichen Arbeitsbeschränkungen erfahren, wie die einzustellenden Arbeitnehmer unter der Voraussetzung, daß der Ausfall an Vollarbeitslohn zu gleichen Teilen von Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Reich getragen wird.
3. Die Kontrolle der Beachtung dieser Vorschriften durch paritätische Aufsichtsorgane.

Eine für die nächste Woche in Aussicht genommene Sitzung wird sich mit den weiteren Aufgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigen.

Die Einwohnerzahl Japans. Die gesamte japanische Bevölkerung stellt sich, nach amtlichen Feststellungen, auf 55 961 140 Seelen, jedoch mit Einschluß von Korea, Formosa und Sachalin auf etwa 77 Millionen. Von der gesamten Bevölkerung Japans sind [illegible] männlichen und 27 910 154 weiblichen Geschlechts.

Besonders preiswerte Angebote in Porzellan, Glas u. Emaille

Gezuckerte, kondensierte Magermilch ..... Dose 6⁶⁰
Grosse grüne Heringe ..... Pfund 1⁵⁰
Rinder- u. Kalbsquerrippe Pfd. 1 1⁵⁰

Weiss, extra billig

Speiseteller 3⁷⁵
Abendbrotteller 1⁹⁵ 2⁶⁵
Kompotteller 1⁶⁵
Salatieren 5⁷⁵
Obertassen 1²⁰

Kaffeegeschirr, Goldrand

Kaffeekannen 12⁷⁵ 14²⁵ 16⁷⁵
Teekannen 19⁵⁰ 24⁵⁰
Milchtöpfe 2⁸⁵ 3⁴⁵ 4²⁵ 4⁸⁵
Zuckerdosen 13⁷⁵
Tassen 4⁷⁵

Emaille Kochgeschirre, Wasserbesseln, Bratpfannen, Kaffeekannen, Durchschläge usw., teilweise mit kleinen Fehlern **aussergewöhnlich billig**

Teegeschirr, braun

Teekannen 6⁷⁵ 7⁵⁰ 8⁷⁵
Kaffeekannen 7⁸⁵ 8⁷⁵
Milchtöpfe 1²⁵ 2²⁵ 2⁶⁵
Zuckerdose 3⁶⁵ Tassen 2⁹⁰ 3²⁵

Teegeschirr, schwarz

Teekannen 8⁷⁵ 9⁵⁰
Kaffeekannen 5⁷⁵ 6⁷⁵ 7⁵⁰
Milchtöpfe 1⁶⁵ 2²⁵
Zuckerdose 4²⁵ Tassen 1⁹⁵ 2²⁵

Pressglas, besonders preiswert

Kompots eckig 3⁰⁰ 3⁵⁰ 4⁸⁵ 6⁷⁵ 8⁸⁵
Dessertteller 3²⁵ 3⁵⁰
Kuchenteller 9⁷⁵ 14⁰⁰
Butterglocken 18²⁵
Käseglocken 26⁸⁵

Weingläser glatt 4⁵⁰ 5⁷⁵
Obstschalen gepresst 9⁷⁵
Teegläser glatt 1⁹⁵
Glasleuchter gepresst 7²⁵
Sturzflaschen 9⁵⁰

Waschgarnituren Steingut, 5teilig, Goldrand 95⁰⁰ 115⁰⁰
Toiletten-Eimer Steingut, mit Einlage, creme 65⁰⁰
Waschbecken Steingut, bunt 16⁷⁵ 26⁵⁰ 45⁰⁰
Waschkrüge Steingut, bunt 16⁷⁵ 26⁵⁰ 45⁰⁰
Salatieren Steingut, weiss 4²⁵
Küchengarnituren Steingut, 22teilig 145⁰⁰
Tafelservice Steingut, 23teilig 125⁰⁰

Kaffeeservice Porzell., 9teilig 75⁰⁰ 95⁰⁰
Kaffeeservice Porzell., 5teilig 38⁵⁰

Kompotteller gepresst. 1³⁵
Kompottschalen gepresst. 95 Pf.

HERMANN TIETZ

Handarbeitswettbewerb
Für Kinder von 7 bis 16 Jahren zum Besten der „Deutschen Kinderhilfe"
Anmeldungen und Zeichnungen in der Handarbeits-Abteilung Leipziger Strasse

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: Kabale u. Liebe

Neues Volkstheater Lothringer Str. 68. 7½ U.: Maria Magdalene

Staatstheater. Opernhaus 7 Uhr: Bohème. Schauspielhaus 7½ Uhr: Peer Gynt (Außer Abonnement)

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 8 Uhr: Cäsar u. Kleopatra. **Kammerspiele** 8 U.: Die deutsch. Kleinstädter. **Großes Schauspielhaus** Kochstr. 7 U.: Danton (Abs. Abonn.)

Direktion: C. Meinhard-Bernauer. Theater a. d. **Königgrätzer Str.** 8 Uhr: Salome. Mittwoch: Jekaterina Iwanowna. Donnerstag: Salome. Freitag: Jekaterina Iwanowna

Komödienhaus ½8 Uhr: Das weiße Lämmchen mit Max Pallenberg

Berliner Theater ½8: Die spanische Nachtigall mit Fritzi Massary

Trianon-Theater Täglich 8 Uhr: Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf. Despaline Konstantin, Ilka Grüning, Hans Berg, Herm. Sallenix, Julius Falkenstein; hierauf: Abschieds-Soupée

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer von Oscar Wilde (Marlitt, Sandrock, Taeffe, Karoff, Falkenstein, Otto, Mamelok)

Kleines Theater Unter den Linden 44. Täglich 7½ Uhr: Casanovas Sohn

Rose-Theater 7½ Uhr: Dr. Klaus

Thalia-Theater Täglich 7½ Uhr: Mascottchen

Folies Caprice ½8 (am Oranienburger Tor) Nachtkultur mit Ferd. Grünecker.

7½ Apollotheater 7½ Sensations-Ausstattungsschau Madame Dubarry's Liebesleben mit der weltberühmten Saharet

Lessing-Theater Direkt.: Viktor Barnowsky. Heute bis Donnerstag 7½ U.: Ein idealer Gatte (Durieux, Götz, Loos) Freitag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Die Scheidungsreise (Max Adalbert, Truce Kesterberg)

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht... Sonntag nachmittag: Eva

Königstadt-Theater Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb. Täglich 7.30 U.: Gala-Sänger

½8 **Casino-Theater** ½8 Der Großfürst. Sonntag 3½: Eine fidele Ehe

Theater a. Kottbuser Tor. Kottbuser Straße 6-7. Tägl. 7½, a. Sonntag nachm. 3 Uhr: Elite-Sänger. Zum Schluß „Der Kriegsgewinnler." Nachm. halbe Pr. Vorv. 11-1½ u. 5-6 a. d. Tageskasse u. Leitz Str. 31 (Sight Nikolassee)

METROPOL Kottbuser Straße 54. Allabendlich 7½ Uhr: Der lustige Spielplan

„Weiße Woche" im Residenz-Kasino Blumenstraße 10

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64. Filmschau: Haus der Qualen. Ihr Recht. Bühnenschau: Hellas-Trio, C. O. Pillnay. 77 Onor 77 / M. Doretta

Neue Welt Arnold Scholz, Hasenheide 108-114. Heute Dienstag, d. 22. Februar 1921: bayr. Bierfest. Prämiierung der schönsten Ehepaares. 3 baare Geldpr. 300, 200, 100 M. Anf. 8 Uhr / 8 Kapell. / 10 h gr. Kapl. Anm. b. 9½ Uhr a. d. Kasse. Legitimation: Heiratsurkunde. Die in diesem Jahre schon einmal Prämiierten scheiden aus.

Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will

lese das Buch von

Professor Dr. Carl Ballod:

Sowjet-Rußland

Preis 5.— Mark / Gebunden 7.— Mark

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2, Breite Str. 8-9
sowie in allen „Freiheit"-Speditionen

Spezial-Arzt Dr. Choitz für alte Geschlechtsleiden, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Nachweis in allen u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Kond. Neu- u. Silber-Salvarsan-Kuren. Separates Damenzimmer. Zum Ältesten Kur-Institut „Löser" gegr. **Dir.: A. Lösersen.** Nur Rosenthalerstr. 69-70 9–1, 4–8. Etg. 9–1. Rosenthaler Platz.

C. Weissert Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen. Jetzt Brunnenstr. 191, 1 Treppe. Nähe Bernauer Str. behandelt alle Geschlechtsleiden bei Männern u. Frauen schnell, sicher ohne Operation u. ohne Berufsstörung durch neue schmerzlose Radikalkur. Zeitzahlung. Untersuchg. u. Auskunft kostenlos. Sprechstunden 10–12 u. 4–7. Sonntags 10–12

Pianos * Stutzflügel
gibt Beamten und solventen Käufern gegen **bequeme Zahlweise**
Große Auswahl in Gelegenheitskäufen Steinway, Bechstein, Blüthner usw. in bekannt erstklassiger Ausführung
Max Adam Unter den Linden 15, Münzstraße 16, Potsdamer Straße 50

Spezial-Arzt f. sämtl. Geschlechtsl., Harn- u. Blutuntersuch. **Dr. med. Karl Reinhardt** Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße. Behandl. auch schwerster u. veraltetster Leiden d. langjähr. bewährtes Heilverfahren. Sprechst. ½12–2, ½6–8 abends. Sonntag ½11–1. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschlossenem Kuvert gegen Einsendung von M. 2.50 portofrei.

Betriebsräte · Gewerkschaften · Arbeiterräte
Arbeiterstiefel gut durchgearbeitet, neu besohlt
Schnürschuhe Paar M. 35.—
Schaftstiefel Paar M. 55.—
zu haben
Eisleben er Straße 11, Laden 4
Ecke Rankestraße » Nähe Bahnhof Zoo

Säle für Versammlungen, 50–200 Personen. Gute Verpflegung. Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41. Norden 3215

Alte, bekannte **Möbelfabrik,** liefert vertrauensmäßigen Leuten unter der Bedingung gegenseitiger Diskretion **komplette Wohnungseinrichtungen** zu günstigen **Zahlungsbedingungen**. Offerten unter V. 70 a. Exp. d. „Freiheit", Berlin C 2.

Zur Einsegnung

Anzüge unserer eigenen Konfektion, aus guten, haltbaren Stoffen und Friedenszutaten verfertigt.

Cheviot-Anzüge	Marenge, 1- u. 2 reihig, sehr preiswert .... M. 290	Kammgarn-Anzüge	blau u. schw., a. pr. frz. Stoff, aufgw. prew. M. 440
Cheviot-Anzüge	blau u. schwarz, sehr haltbare Qual., 1- u. 2 reih., M. 320	Farbige Anzüge	1- u. 2 reihig, aus dunkel kar. Cheviot, sehr bill. M. 280
Cheviot-Anzüge	dunkelbl., a. m. aufgesetzt. Tasch., Hos. m. Umschl. M. 360	Dunkelfarbige Anzüge	nach ungl. Art gemustert .. M. 340
Cheviot-Anzüge	dunkelblau gekköpert, und verarbeitet, 1- u. 2 reih., M. 390	Cheviot-Anzüge	dunkel kar., nach neuesten Modellen angefertigt, M. 410

Diese Preise sind für Brustweite 88/90 berechnet; jede weitere Größe kostet je nach Qualität 10 bis 20 Mark mehr, jede kleinere Größe ebensoviel weniger

Hüte / Krawatten / Serviteurs / Kragen / Hosenträger / Socken / sehr billig.

Nur eine Verkaufsstelle — **BaerSohn** — Keine Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Spezial-Arzt Dr. Zaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, perc.-chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Inst. „Löser", **Dir. O. Löser,** Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 8-1, 4-8, Sonntags 8-1. Damen separat

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Paul Kossan

am 16. Februar gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindekirchhofes in Mariendorf aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Karl Ertelt

am 14. Februar verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Der Kistenverschluß-Apparat „Herkules" bietet den größten Schutz gegen Diebstahl. Schnellster u. billigster Verschluß. Kein Nageln mehr, kein Zerbrechen der Kisten auf dem Transport und beim Öffnen.
Georg Jurk Berlin N 39, Lynarstr. 17. Telephon: Moabit 4...

Oberlandesgerichtsrat außerd. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwieriger Fälle. Ehe, Alimente, Vermögenssachen, Ermittelungen. Potsdamer Straße 115. Lützow 2494. Direktor Fabisch.

Stimmung, Denken, Tätigkeit sowie jede Bewegung des Körpers sind abhängig vom Gehirn. Mattigkeit, Nervenschwäche und allgemeine Körperschwäche sind Zeichen mangelnder Nervenkraft. Wollen Sie sich munter fühlen, mit klarem Kopfe u. kräftigem Gedächtnis, wollen Sie Arbeit u. körperliche Strapazen leichter ertragen, so nehmen Sie

Kola-Dultz

es **bringt Lebenslust und Tatkraft,** die Erfolg und Glück verheißen.

Nehmen Sie Kola-Dultz eine zeitlang täglich, es wird Ihre Nerven erfrischen, Unlust wird verschwinden und unter seinem Einfluß werden Sie von Unternehmungslust erfüllt sein.

Verlangen Sie Kola-Dultz umsonst!

Jetzt biete ich Ihnen eine Gelegenheit, Ihre Nervenkraft zu beleben. Schreiben Sie mir eine Postkarte mit Ihrer genauen Adresse u. ich sende Ihnen sofort umsonst u. portofrei eine Probe Kola-Dultz, groß genug, um Ihnen gutzutun und um Sie in die Lage zu versetzen, seine wundervolle Kraft zu würdigen.

Wenn es Ihnen gefällt, können Sie durch jede Apotheke mehr beziehen. Schreiben Sie aber wegen der Gratisprobe sofort, ehe Sie es vergessen, direkt an E. Schwarz, priv. Apotheke, Berlin A. 618, Friedrichstraße 19. Kola-Dultz ist in allen Apotheken zu haben.

Groß-Berlin

Die einmalige Einschulung

In dieser Angelegenheit verbreitete das Nachrichtenamt des Magistrats vor einigen Tagen einen Beschwichtigungsartikel. Das Nachrichtenamt behauptet, die Denkschrift von Fischer und Engel, die Gegenstand von Pressеäußerungen gewesen ist, sei schon während der Kriegszeit veröffentlicht worden und habe ihre Folgerungen aus den damaligen Verhältnissen gezogen. Dagegen ist zu sagen, daß die Denkschrift in den ersten Monaten des vorigen Jahres der Presse und den Gemeindeschulen zugegangen ist, und daraufhin haben sich die Elternbeiräte mit der Sache befaßt, zum Teil auf Anregung der Rektoren. Sehr merkwürdig ist aber, daß die Denkschrift statistische Angaben enthält, die das Jahr 1919 betreffen, und die naturgemäß erst nach Beginn des Jahres 1920 festgestellt werden konnten, woraus hervorgeht, daß die Denkschrift in Wahrheit erst 1920 erschienen ist. Man entblödet sich also nicht, nachdem man in aller Stille den Plan der Durchführung nahegebracht hat, die Elternschaft obendrein noch öffentlich anzulügen. Es ist zu verstehen, weshalb man jetzt von der Denkschrift abrückt. Sie läßt die Umrisse des sauberen Planes zu deutlich erkennen, und das ist genierlich. Aber die Elternschaft mag beurteilen, ob es eine gute Sache ist, die man mit Lügen decken muß.

In der Sache selbst werden die Eltern damit getröstet, daß die Schüler der Michaelisklassen ein halbes Jahr emporrücken sollen. Eine Art Zauberpädagogik! Für die Beseitigung dieser Klassen wird nach wie vor auch nicht der Schatten einer Notwendigkeit nachgewiesen. Aber sie stören eben das Zusammenlegen von Schulen und Klassen, und darum sollen alle Michaelisklassen verschwinden. Die Schuldeputation will Räume frei machen, um in „fast kostenlosen Neuschöpfungen“ wursteln zu können.

Die Vorteile der zweimaligen Einschulung seien einmal in Kürze festgestellt. Sie bietet die erhöhte Möglichkeit, die Kinder dann zur Schule zu bringen, wenn sie ausreichend entwickelt sind. Die Schüler der Aufnahmeklasse haben im allgemeinen im Alter und demgemäß auch in ihrer Entwicklung einen Unterschied von höchstens einem halben Jahre aufzuweisen. Bei den regelmäßig versetzten Schülern fällt die Vollendung des achten Schuljahres ungefähr mit der Erreichung des 14. Lebensjahres zusammen, weshalb die Beseitigung der zweimaligen Einschulung ein weiteres Anschwellen der Dispensationsgesuche zur Folge haben wird. Wie es mit der Bedeutung für nichtversetzte Schüler steht, mögen folgende Ziffern verdeutlichen: Michaelis 1912 wurden von den Nichtversetzten 10 424 ein halbes und nur 1343 ein ganzes Jahr zurückversetzt; für die 2. Klassen lauten diese Zahlen 1274 und 103! Die Bearbeitung dieser Schüler in Förderklassen von der Art, wie sie den Eltern verheißen werden, ist geradezu ein pädagogischer Unfug. Das Zurückbleiben ist in der Regel eine Folge nicht ausreichender Arbeitsfähigkeit der Schüler. Darum erscheint es als ein Unsinn, wenn man in einer Förderklasse, nach Art einer sogenannten Presse, jeden Zeitverlust ausgleichen zu können meint.

Aus allen diesen Gründen, denen keinerlei Nachteile erziehlicher Art gegenüberstehen, haben auch die Kritiker des Berliner Gemeindeschulwesens bisher nie und nirgends an der zweimaligen Einschulung etwas auszusetzen gefunden. Der Gedanke, daß sie vom Uebel sei und beseitigt werden müßte, ist eine Errungenschaft der allerneusten Zeit. Die zweimalige Einschulung hat nämlich einen Nachteil, sie verteuert das Schulwesen etwas, weshalb sie auch nur in wenigen Großstädten Eingang gefunden hat. Und zur Zeit ist sie in Berlin außerdem das Hemmnis, das jene „fast kostenlosen Neuschöpfungen“ verhindert. Nun haben wir im Berliner Gemeindeschulwesen auch früher schon rückläufige Bewegungen erlebt. Neu ist neben dem Einschneidenden der Maßnahme nur, daß die Sache diesmal unter Mitwirkung von sozialistischen Lehrern und Lehrerinnen vor sich geht. In dieser Beziehung verdienen die drei kommunistischen Lehrer in der Schuldeputation eine besondere Note. Sie haben in dem verschwiegenen Kämmerlein der Schuldeputation eine recht seltsame Art der Zellenbildung betrieben, während sie draußen vielleicht der Elternschaft schöne Vorträge über die sozialistische Zukunftsschule hielten.

Zum Schluß zwei Fragen an das Nachrichtenamt des Magistrats: Weshalb hat es die städtische Schulverwaltung gerade mit dieser „Reform“ so eilig, während sie gegenüber den verfassungsmäßig festgelegten Reformen des Arbeitsunterrichts und der Lernmittelfreiheit bisher gar so zaghaft gewesen ist? Und zum zweiten: Welche Vorkehrungen sind getroffen, um bei der nach 1923 zu erwartenden Steigerung der Einschulungsziffer unvernünftig hohe Klassenbesetzungen zu vermeiden, und wie gedenkt die städtische Schulverwaltung die Klassenbesetzungen herbeizuführen, die der Arbeitsunterricht zur Voraussetzung hat, wenn inzwischen Hunderte von Klassenzimmern für Zwecke der Schulpflege usw. verwendet worden sind.

Das Elend einer Berliner Gemeindeschule

Das Elend der 175. Gemeindeschule in der Pulbuser Straße 22 soll hier skizziert werden.

1. Vom 6. März 1917 bis 31. März 1917 ist die 175. Gemeindeschule Gast in der 198. Gemeindeschule wegen Kohlenmangels.
2. Vom 24. Oktober bis 31. Oktober 1918 wurde die Schule wegen Grippe geschlossen.
3. Die 175. Gemeindeschule soll mit Militär belegt werden, darum wandert sie nach der 198. Gemeindeschule vom 18. November 1918 bis 20. Juni 1919. Es werden Kurzstunden teils vorteils nachmittags erteilt. Militär ist niemals in der Schule gewesen.
4. Wegen Kohlenmangels ist kein Unterricht vom 3. Januar bis 20. Januar 1919.
5. Vom 28. Januar bis 20. Juni ist die 175. Gemeindeschule nach der 198. Schule übergesiedelt. Die 175. Schule wird mit Erwerbslosen belegt.
6. Am 20. Juni 1919 kehrt die 175. Gemeindeschule in ihre eigenen Räume zurück, muß aber der 167. Gemeindeschule das Gastrecht gewähren. Es wird also weiter in Kurzstunden vor- und nachmittags unterrichtet.
7. Vom 30. Oktober bis 13. November 1919 ist die Schule ungeheizt, und der Unterricht fällt aus.
8. Vom 20. Dezember 1919 bis 20. Januar 1920 sind wegen Kohlenmangels 4 Wochen Weihnachtsferien.
9. Am 18. September 1920 erheben die Elternbeiräte gegen den Nachmittagsunterricht Protest; deshalb wird nur an drei Tagen in der Woche am Vormittag Unterricht erteilt. An den anderen Tagen benutzt die 167. Gemeindeschule die Räume. Das geschilderte Unterrichtselend bezieht sich auch auf die 167. Gemeindeschule.

Es sind nun 4 Jahre, daß diese erschreckenden Zustände herrschen; eine Aenderung dieser Uebelstände ist dringend geboten.

10. Das Klagelied ist noch nicht zu Ende. Die Erwerbslosen benutzen die Schulklosetts, und dadurch sind Erkrankungen der Kinder an Tripper ausgebrochen. Zwei Mädchen sind deswegen im Krankenhause behandelt worden; zwei andere sind verdächtig. Am 12. Februar 1921 ist der Schularzt wegen dieser Angelegenheit durch die Schule gegangen. Wenn sich noch mehr Fälle zeigen, sollen alle Kinder vom Schularzt untersucht werden.

Unsere Schulverwaltung hätte hier alle Ursache, schleunigst Abhilfe zu schaffen und nicht nur hier, auch andersartig hat der Krieg das Schulleben beeinträchtigt und Remedur tut sehr not.

Wie man Proletarier um ihr Wahlrecht betrügt

Vom Betriebsrat des Städtischen Virchow-Krankenhauses wird uns geschrieben: Den Bemühungen des Betriebsrates gelang es, daß für das städtische Rudolf Virchow-Krankenhaus ein besonderer Wahlbezirk gebildet wurde. Am 26. 1. 21 wurde von der Direktion folgende Verfügung durch Rundschreiben an sämtliche Stationen bekanntgegeben:

Für die Wahl der Abgeordneten zum Landtage am Sonntag, den 20. Februar d. J. ist für das hiesige Krankenhaus ein besonderer Wahlbezirk gebildet und wird die Wahl im hiesigen Badehause stattfinden. Neben den innerhalb des Krankenhauses wohnenden Wahlberechtigten können alle wahlberechtigten Kranken hier wählen, wenn sie vorher sich im Wahlbureau des Magistrats, Stralauerstr. 44-45, einen Wahlschein ausstellen lassen. Die Stationen wollen dieses den Kranken bekanntgeben.

gez. Kutner.

Die Verfügung, die jeder Stationsleiterin ausgehändigt wurde, ist auf einer Reihe der Stationen den Kranken unterschlagen worden. Wenn man die Stationsleiterinnen des R. V.-K. kennt, die in ihrer Mehrheit von dem alten wilhelminischen Geist verseucht sind und sich der Neuzeit durchaus nicht anpassen wollen, so ist es einem ohne weiteres klar, daß nicht etwa ein Versehen vorliegt, sondern daß die Kranken, die alle dem arbeitenden Volke angehören, planmäßig um das Wahlrecht betrogen worden sind.

Dem Betriebsrat ist es in letzter Stunde noch gelungen durchzusetzen, daß wenigstens die Kranken, die nicht bettlägerig sind, beurlaubt wurden, um in ihrem zuständigen Wahlbezirk zu wählen.

Bezeichnend ist, daß diese Oberschwestern, die sonst so sehr auf ihr Beamtentum pochen, nicht davor zurückschrecken, Verfügungen ihrer vorgesetzten Dienststelle zu unterschlagen, wenn es sich darum handelt, den Proletariern die Rechte zu beschneiden.

Kesseltreiben gegen Betriebsräte

Die Besprechung von Vorgängen in städtischen Betrieben hat die bürgerliche Presse zu einem wahren Kesseltreiben gegen die Betriebsräte in den städtischen Werken veranlaßt. Zunächst ging es gegen den Betriebsrat bei der Großen Berliner Straßenbahn, der sich gegen die Mißwirtschaft im Betriebe gewandt hatte. Gewissermaßen als Retourkutsche gegen die Angriffe auf die Direktion brachten die bürgerlichen Blätter Angriffe auf den Betriebsrat, der Diebstähle im Betriebe begünstige, die Autorität der Verwaltung untergrabe und seine Aufgabe eigentlich nur darin erblicke, auf Kosten der Allgemeinheit ein Drohnendasein zu führen. Vertreter des Betriebsrats haben bereits in dem mit Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn betrauten Ausschuß sich im einzelnen ausgelassen. Danach ist der Betriebsrat mit aller Entschiedenheit gegen die Diebereien vorgegangen. Er hat ferner sein Augenmerk auf die Bummelanten gerichtet, weil auch er der Meinung ist, daß in einem Betriebe, noch dazu in einem der Allgemeinheit gehörenden, jeder an seiner Stelle seine Schuldigkeit zu tun habe. Die Zustände, die in der Hauptwerkstatt nach dem Gutachten der Sachverständigen eingerissen waren, kommen aufs Konto der Direktion. Was die Untergrabung der Autorität der Vorgesetzten durch den Betriebsrat betrifft, so mag allerdings vielen Herren es nicht passen, daß heute auch die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht haben. Das Zusammenarbeiten zwischen Betriebsrat und Direktion wäre ein besseres gewesen, wenn letztere nicht immer ihren Herrenstandpunkt hervorgekehrt hätte. Das ist überhaupt des Wesens Kern, und deshalb auch die infame Befehdung und Begeiferung der Betriebsräte durch die bürgerliche — hier Arbeitnehmerpresse.

Jetzt haben die Deutschnationalen in der Stadtverordnetenversammlung wieder einmal eine Anfrage eingebracht, die ihre Spitze gegen den Betriebsrat im Ostbasen richtet. Da wird insbesondere gefragt, ob es wahr sei, daß der Stadtrat Schüning als Dezernent der Hafenverwaltung erst beim Betriebsrat anfragen mußte, ob er eine Besichtigung vornehmen dürfe u. a. m. Die Tendenz dieser Anfrage ist immer die gleiche: Diskreditierung der Betriebsräte. Ueber Vorkommnisse in Schöneberg gelegentlich Entlassung wegen Unterschlagung von Mehl wird dem Betriebsrat unterstellt, daß er es als seine Aufgabe betrachte, die Spitzbuben zu decken. In diesem Tone geht es weiter. Unredlichkeiten im Betriebe der städtischen Verwaltung werden von niemand gedeckt werden, und wir können nicht glauben, daß Betriebsräte sich als Hehler hergeben auch dann, wenn in der heutigen schweren Zeit manche Verfehlung anders zu werten ist wie bisher. Aufgabe der Betriebsräte in städtischen Betrieben wird sein müssen, daß sie von vornherein mit der Verwaltung alles tun, um die Betriebe leistungsfähig zu machen und die Leistungsfähigkeit zu steigern. Dazu gehört gemeinsames Arbeiten, jeder an seinem Platz und auf seine Weise. Diese Tätigkeit ist allerdings allen denen ein Dorn im Auge, die im Arbeitsverhältnis nur die Herrschsucht des Arbeitgebers kennen. Deshalb die Hetze gegen die Betriebsräte. Sie wird erfolglos sein, wenn Arbeiter, Betriebsräte und Verwaltung das Interesse der Allgemeinheit in den Vordergrund stellen und sich in diesem Sinn bei ihrer Arbeit leiten lassen.

Die Wahl des Bezirksamts im 5. Bezirk. Die am Freitag, den 18. Februar stattgefundene Versammlung des 5. Verwaltungsbezirkes Friedrichshain, nahm zunächst den Bericht der zur Besichtigung der Heringslager auf dem Viehhof eingesetzten Kommission entgegen. Das Bild, das diese Kommission von den Zuständen auf dem Viehhof zeichnete, zeigte deutlich, was für Zustände in Deutschland jetzt möglich sind. Dort lagern ungeheure Massen, wohl an 80 000 bis 100 000 Tonnen Heringe, von denen die Kommission bis heutigen Tages noch nicht erfahren konnte, wer der Eigentümer dieser Heringe eigentlich ist. Nur die eine Tatsache war erkennlich, daß diese Heringe schon versiegelt und verpfändet sind. Die Viehhofdirektion erklärte nicht zu wissen, wer der Eigentümer ist. Die Firma, die die Heringe dort eingelagert hat, erklärt nicht Eigentümer der Heringe zu sein, sie habe nur dafür zu sorgen, daß diese Heringe sachgemäß und pfleglich behandelt werden. So lagern dort schon seit Jahren tausende von Tonnen Heringe, sie werden der notleidenden Bevölkerung entzogen und das Ende vom Liede ist, sie verderben und werden dann als Dung auf den Acker gefahren, wie es zum Teil jetzt schon geschieht. Ferner wurde über die große Halle am Viehhof berichtet, die im Rohbau fertiggestellt ist und nun seit 1914 stille liegt. 1914 wurde der Weiterbau durch das Oberkommando in den Marken untersagt, um die Hände, die dort tätig waren, freizubekommen für die

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Deutsch von Dr. O. D. Petitzof

(10. Fortsetzung.)

Und wie ein schlechtgefügtes Kistchen, das unter den herbstlichen Regen gerät, zerfiel ihm das Leben, und in seinen kläglichen Bruchstücken konnte man nicht mehr den ehemals so herrlichen ganzen und reinen Schrein seiner Seele erkennen. Er gedachte der lieben, vertrauten Menschen, mit denen er sein ganzes Leben verlebte und in einer wunderbaren Gemeinschaft von Freud und Leid wirkte — sie alle erschienen ihm nun fremd, ihr Leben aber sinnlos und ihre Arbeit zwecklos. Als hätte einer seine Seele mit mächtigen Händen ergriffen, sie, wie einen Stab, über das harte Knie entzweigebrochen und ihre Enden weit auseinander geschleudert. Erst einige Stunden hier, einige Stunden erst weg von dort — und doch war ihm, als säße er schon ein ganzes Leben gegenüber diesem halbnackten Weibe, als hörte er jene ferne Musik und jenes Sporenklirren, als wäre er niemals fortgewesen.

Er weiß nicht, ob er hoch oben oder tief unten weilt; dieses eine aber kommt ihm zum bestimmten Bewußtsein, daß er jenseits, qualvoll jenseits all dessen steht, was eben erst, noch am Tage, sein Leben und seine Seele bedeutete. „Man soll sich schämen, ein „Guter“ zu sein . . .“ Er gedachte der Bücher, aus welchen er das Leben studierte und lachte bitter. Bücher! Da ist ein Buch — da sitzt es mit nackten Armen, mit geschlossenen Augen und dem Ausdrucke der Seligkeit auf dem bleichen, gequälten Antlitze und wartete geduldig. „Man sollte sich schämen, ein Guter zu sein . . .“ Und plötzlich empfand er mit Qual und Schrecken, mit unerträglichem Schmerz, daß jenes Leben für ihn auf immer beendet ist, daß er schon nie mehr ein Guter sein kann. Er lebte bis jetzt nur, um ein „Guter“ zu sein, das war seine einzige Freude, das war das Einzige, was er dem Tod wie dem Leben gegenüberstellte — und nun war auch das dahin . . . nichts ist ihm geblieben. Nichts als die Finsternis. Und ob er nun hierbliebe, oder er zu seinesgleichen zurückkehrte — er hätte doch nicht mehr seinesgleichen. Warum kam er nur in dieses verdammte Haus? Wäre er doch lieber auf der Straße geblieben, hätte er sich doch den Detektivs in die Hände geliefert, wäre er doch in den Kerker gewandert — was war ihm der Kerker, in welchem es noch erlaubt, es noch keine Schande war, ein Guter zu sein! Und nun — war es auch schon für den Kerker zu spät.

„Du weinst?“ fragte beunruhigt das Mädchen.

„Nein“, erwiderte er scharf. „Ich weine niemals.“

„Recht so, mein Liebling. Nur wir Frauen dürfen weinen. Ihr dürft es nicht. Wenn ihr schon zu weinen anfangt, wer soll dann dem Herrgott Antwort stehen?“

„Seinesgleichen! — Diese hier — Seinesgleichen!“

„Ljuba!“ rief er gepeinigt aus. „Was soll ich denn tun? Was soll ich tun?“

„Bleibe bei mir. Bleibe bei mir. Du gehörst ja jetzt mir.“

„Und jene?“

Das Mädchen runzelte die Stirn.

„Welche jene?“

„Aber die Menschen! Die Menschen doch!“ — schrie er rasend. Die Menschen, für die ich gearbeitet habe! Das alles ertrug ich doch nicht für mich, nicht zum eigenen Vergnügen — ich bereitete mich ja zu einem Anschlag vor.“

„Sprich du mir nicht von Menschen!“ sagte das Mädchen strenge. Ihre Lippen bebten. „Sprich du mir lieber nicht von Menschen, sonst schlage ich wieder zu. Hörst du?“

„Was hast du denn?“ fragte er erstaunt.

„Bin ich etwa — ein Hund? Wir alle — Hunde? Nimm dich in acht, mein Liebling! Verbirg dich nicht vor der Wahrheit, Liebling — vor ihr kann man sich nirgends verstecken! Wenn du aber wirklich die Menschen liebst, und uns Arme bedauerst — dann greife zu. Nimm mich doch! Ich, mein Liebling, ich nehme dich schon!“

V.

Da saß sie mit zurückgebogenen Armen, ganz in wonniger Ermattung, ganz in namenlosem Glück — wie außer sich. Sie nickte leise mit dem Kopf und sprach, ohne die selig träumenden Augen zu öffnen, langsam, fast singend:

„Mein Liebling! Wir werden zusammen trinken. Weinen werden wir miteinander — o, wie süß wir weinen werden! Für mein ganzes Leben werde ich mich satt weinen! Bist doch mit mir geblieben, — bist nicht von mir gegangen! Als ich dich heute, vorhin, im Spiegel erblickte, sofort pochte es in mir: das ist er, mein mir Beschiedener, das ist er, mein Herzliebster. Und ich weiß noch nicht, was du mir bist, ob Bruder, ob Bräutigam — aber ganz und gar verwandt bist du mir, ganz nah — ganz ersehnt und vertraut . . .“

Auch er erinnerte sich an jenes schwarze, stumme Trauerpaar im goldenen Rahmen des Spiegels und an seine damalige Empfindung: wie bei einem Begräbnis — und plötzlich ward ihm so unerträglich schmerzlich — plötzlich erschien ihm alles als ein so wildes Chaos, daß er in seiner Pein sogar die Zähne aufeinanderbiß. Und indem er in Gedanken zurücktastete, erinnerte er sich an den lieben Revolver in seiner Tasche — an die zweitägige Hetzjagd — an die flache Haustür ohne eine Klinke und wie er die Klingel suchte und wie der aufgedunsene Lakai in bloßem Leinenhemd herauskam, der keine Zeit fand, seinen Frack anzuziehen, und wie er mit der Wirtin in den weißen Saal trat und diese drei, diese Fremden, erblickte. Und plötzlich fühlte er sich freier — und schließlich ward es ihm klar, daß er derselbe ist, der er war und vollkommen frei, vollkommen frei und Herr, zu gehen, wohin es ihm beliebt.

Er betrachtete strenge das ganze, unbekannte Zimmer in der Runde und fällte über das Geschehene grimmig sein Urteil, mit der Ueberzeugung eines Menschen, der für einen Augenblick aus schwerem Rausch erwacht und sich in einer fremden Umgebung sieht:

„Was ist das? Was für ein Unsinn! Welch ein ungereimter Traum!“

Aber die Musik spielte. Aber das Weib saß da, mit zurückgebogenen Armen und lachte, außer Stande, zu sprechen unter der Last eines wahnsinnigen, unerhörten Glückes schier erliegend. Aber das war kein Traum.

„Was ist das — so ist es, die Wirklichkeit?“

„Die Wirklichkeit, mein Herzliebster! Unzertrennbar sind wir beide.“

Das alles ist Wirklichkeit? Wirklich, — diese flachgedrückten Röcke, die in ihrer nackten Häßlichkeit an der Wand hingen. Wirklich — dieses Bett, auf welchem Tausende betrunkener Männer in den Zuckungen einer niedern Lust sich wanden. Wirklich — dieser duftende, alte, feuchte Geruch, der sich ans Antlitz heftet und in welchem zu leben ein Ekel ist. Wirklich — diese Musik und diese Sporen. Wirklich — auch sie, dieses Weib, mit dem bleichen, gequälten Angesicht mit dem kläglich — seligen Lächeln.

Und wieder stützte er mit den Händen seinen schweren Kopf, blickt von unten herauf, wie ein Wolf, den man töten und der selbst töten will — und dachte unbewußt:

(Fortsetzung folgt.)

Erzeugung von Munition zur Vernichtung von Menschenleben, was ja den Alldeutschen der wilhelminischen Zeit damals wichtiger war als produktive Arbeit zu leisten. All das wertvolle Material, das seit jener Zeit dort lagert, verwittert und verdirbt, liegt sogar zum Teil im Wasser versunken. Hier ist Gelegenheit gegeben, für unsere Arbeitslosen reichliche Arbeit zu schaffen, indem diese Halle sobald wie möglich fertiggestellt wird. Die Bezirksversammlung wird ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen, daß erstens die Heringe sobald als möglich der Bevölkerung zum billigsten Preise zugeführt werden, und zweitens die Halle im Interesse der Allgemeinheit endlich fertiggebaut wird. In einer neu anberaumten Sitzung wurde nun zur Wahl der Bezirksamtsmitglieder geschritten. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Bürgermeister Stadtverordneter Mielitz (U. S. P. D.), erhielt von 58 abgegebenen Stimmen 44. Bürgermeister-Stellvertreter Brückner (S. P. D.) von 58 abgegebenen Stimmen 48. Gewerkschaftssekretär Rosin (U. S. P. D.) von 58 abgegebenen Stimmen 44. Bezirksverordneter Mann (S. P. D.) von 58 Stimmen 55. Als Gegenkandidat des bürgerlichen Volkmuth erhielt Hincke (V. K. P. D.) 33 Stimmen, Volkmuth 25. Ostrowski (V. K. P. D.) 12, seine Gegenkandidaten Volkmuth 13, Pohling (S. P. D.) 12 Stimmen. Gemeindevertreter und Landtagsabgeordneter Emil Klodt (U. S. P. D.) von 58 abgegebenen Stimmen 38, der deutschnationale Pfarrer Koch 1 Stimme, leer 17.

Die sechs unbesoldeten Stadträte verteilten sich folgendermaßen: U. S. P. D. 3 (Demming, Schütz und Müller). S. P. D. 1 (Wildegans). V. K. P. D. 1 (Herm. Müller I). Bürgerliche Fraktion 1 (Dr. Wöbling). Am Schluß der Wahl erklärte der deutschnationale Pfarrer Koch, daß er im Namen der bürgerlichen Fraktion gegen die Wahl der unbesoldeten Stadträte Protest einlege, da durch die vorläufige Ungültigkeitserklärung der Bezirksverordneten Frau Wege (Dnat.) ihnen eine Stimme verlustig gegangen sei.

Pressekommission. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 23. Februar, pünktlich 7 Uhr, Breite Str. 8-9. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich!

Abbau beim Magistrat Wilmersdorf. Den bürgerlichen Geschäftsinteressenten ist es nunmehr gelungen, den städtischen Verkauf von Krankenernährung zu unterbinden. Die Spekulation geht dahin, die beträchtlichen Vorräte von zirka 160 Zentnern gutem Grieß, Kakao, Zucker, Keks usw. an gewisse Geschäfte zu veräußern und die kranke Bevölkerung zu zwingen, bei den Geschäften zu kaufen. Welche Preise dann zu zahlen und in welcher verschobenen Qualität die Waren zu haben sind, werden die Kranken bald erfahren. Wir hören außerdem, daß die städtische Lagerung von Hunderten von Zentnern chinesischer Erbsen, Ernte 1911/12, so schlecht war, daß die Erbsen für menschliche Ernährung gar nicht mehr in Frage kommen und nunmehr mit Riesenverlust zu Schleuderpreisen als Futtermittel losgeschlagen werden müssen.

Der Fahrpreiszuschlag bei Fahrgeldhinterziehungen. Nachdem vor einiger Zeit die Bestimmung aufgehoben worden ist, wonach das Betreten der Bahnsteige ohne Fahrtausweise untersagt war (im Falle, daß der Reisende vor der Abfahrt des Zuges keine Zeit mehr hatte), wird jetzt auch die Eisenbahnverkehrsordnung dahin berichtigt, daß die Personen, die die abgesperrten Teile eines Bahnhofes ohne gültige Ausweise nicht mehr eine, sondern drei Mark Gebühren zahlen müssen. Ebenso muß auch für Tiere, die an sich gebührenpflichtig sind, die aber ohne Ausweis mitgeführt werden, nicht mehr eine, sondern drei Mark gezahlt werden, im Falle, daß die Meldung rechtzeitig erfolgt. Ohne eine solche Meldung des Tierbesitzers wird der Mindestsatz von 6 auf 20 M. erhöht.

Vierter Verwaltungsbezirk (Prenzlauer Tor). U. S. P.-Bezirksverordnete: Mittwoch, 23. Februar, 7 Uhr abends, im Zimmer 4 des Bezirksamtes Gethsemanestraße **Fraktionssitzung.** Die neugewählten U. S. P.-Stadträte haben an der Sitzung teilzunehmen.

Sechzehnter Verwaltungsbezirk. Mittwoch, 7½ Uhr, im Köpenicker Rathaus, Sitzung der Bezirksverordneten mit Kommunaler Kommission.

Einlösung von Anteilscheinen zur Kriegsanleihe. Die von der Berliner Sparkasse verausgabten Kriegsanleiheanteilscheine zu 1, 5, 10 und 20 M. gelangen nach wiederholter Veröffentlichung vorzeitig zur Einlösung, und zwar sollte allen Inhabern von Anteilscheinen, welche die Einlösung bis zum 31. Dezember 1920 bewirkten, der Nennwert zuzüglich 5 Prozent Zinsen zurückvergütet werden. Dieser Termin ist verlängert worden, so daß auch einstweilen bei Vorlage der Anteilscheine die vorstehende Vergünstigung weiter gewährt wird. Die Einlösung erfolgt in der Anteilscheinkasse, Poststr. 5, werktäglich in der Zeit von 9 bis 2 Uhr. Hierzu ist die Vorlage des Anteilscheins zusammen mit dem Ausweisschein erforderlich.

Der Raubmord in der Malplaquetstraße. Wie berichtet, war die erste Frau des Kraftdroschkenbesitzers Meinhardt aus der Malplaquetstraße verhaftet worden, weil sie sich einige Tage vor der Ermordung der Frau Meinhardt in auffälliger und verdächtiger Weise mit einem noch unbekannten Manne in dem Hause bei verschiedenen Personen nach dem Ehepaar Meinhardt, insbesondere nach der Frau, erkundigt hatte. Bei ihrer Vernehmung über die Ursachen dieser Nachfragen verwickelte sich die Sistierte in Widersprüche, so daß ihre vorläufige Festnahme bis zur weiteren Aufklärung angebracht erschien. Durch die gestrigen Zeitungsveröffentlichungen ist rasch Klarheit geschaffen worden. Im Laufe des gestrigen Tages meldete sich der Mann, den Frau Meinhardt in der Straßenbahn kennengelernt hatte und der mit ihr zusammen die Erkundigungen in der Malplaquetstraße eingezogen hatte. Seine Aussagen stimmen im wesentlichen mit den Bekundungen der Frau Meinhardt überein. Diese Entlastung der Frau Meinhardt führte dazu, daß diese wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Die Leiche der ermordeten Frau Meinhardt wurde von dem Gerichtsarzt, Prof. Dr. Strauch, im Leichenschauhause obduziert. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß der Tod durch Erstickung eingetreten ist, die Wunden am Kopf und Verletzungen an den Händen waren nicht tödlich und beweisen nur, daß der Mörder mit seinem Opfer gekämpft hat, bis es ihm gelang, ihm den Knebel tief in den Mund zu stoßen und sie so wehrlos zu machen. Die Leichenöffnung ergab weiter, daß die Ermordete kurz vor der Entbindung eines gutentwickelten lebensfähigen Knaben stand.

Mord und Selbstmord in der Brückenstraße. Eine Tragödie zwischen einer geschiedenen Frau und ihrem Geliebten hat sich gestern in den Mittagsstunden in dem Hause Brückenstraße 13 zugetragen. Dort hat der Kaufmann Max Stobinski aus der Britzer Straße 6 erst seine Geliebte durch zwei Schüsse schwer verletzt und dann die Waffe gegen sich selbst angelegt. Stobinski soll sich an den beiden noch sehr jugendlichen Töchtern seiner Geliebten vergangen haben und diese hatte, als sie davon erfuhr, bei der Kriminalpolizei Strafanzeige gestellt. Hierüber kam es gestern mittag zwischen dem Kaufmann und der Frau zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf er die Frau vergiften wollte; schließlich aber zur Waffe griff. Stobinski ist tot, die Frau ist noch am Leben.

Aus den Organisationen

Dienstag, 22. Februar

Reinickendorf-Ost. Abends 7 Uhr im Volkshaus Jugendheim, Scharnweberstraße, Mitgliederversammlung. Funktionäre erscheinen eine Stunde früher.

Mittwoch, 23. Februar

19. Bezirk. Abends 7 Uhr Verbandssitzung bei Kutzrok, Zionskirchplatz 5.

Vereinskalender

Dienstag, 22. Februar

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Gruppe Friedhofsarbeiter. Abends 7½ Uhr Mitgliedergruppenversammlung im Luisensaal von Haverlands Festsälen, Berlin, Neue Friedrichstr. 35.

Soz. Proletarierjugend Moabit. Lebelgedenkfeier bei Wiemers, Bülowstr. 58. Gäste willkommen.

Mittwoch, 23. Februar

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Steglitz. Abends 8 Uhr Versammlung in der Oberrealschule, Ellenstraße. 2. Bundesvorsitzender Marotz spricht über „Heilfürsorge". Gäste willkommen.

Touristenverein der Naturfreunde (Zentrale Wien), Ortsgruppe Berlin. Abends ½8 Uhr Fortsetzung der Generalversammlung in der Schulaula Gipsstr. 23. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Gewerkschaftliches

Ein „rechter" Gewerkschaftler

Im deutschen Werkmeisterverband bestanden politische Spannungen. Die alte wirtschaftsfriedliche Verwaltung sträubte sich gegen moderne gewerkschaftliche Methoden, für die die jüngere Mitgliedschaft eintrat und Anschluß an verwandte Berufsgruppen suchte. Inzwischen kam es aber zu einer Einigung zwischen der Afa und dem Werkmeisterverband, die alles in allem ein Fortschritt bedeutet. In den Reihen der Werkmeister gab es natürlich einen kleinen Sturm im Wasserglase, der von dem Rechtssozialisten Richard Woldt in eigenartiger tendenziöser Form ausgenutzt wurde.

Der zielbewußten freigewerkschaftlichen Entwicklung wirft er Steine in den Weg und erklärt, die politischen Streitigkeiten seien nun auch durch unsere Genossen in die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung hineingetragen worden. Und schuld an der von ihm behaupteten Krisis sei der Vorsitzende des Bundes der technischen Angestellten, Kollege Aufhäuser.

In einem Aufsatz des Organs „Der Industrietechniker" erfährt zunächst das Bundesmitglied Woldt, daß Aufhäuser nicht Vorsitzender des Bundes ist, da es einen besoldeten Vorsitzenden überhaupt nicht gibt, und es wird weiter gesagt, daß es „abgelehnt werden muß, sich mit der politischen Entwicklung und der Persönlichkeit des Kollegen Aufhäuser zu beschäftigen".

Den Vorwurf, „Aufhäuser treibe in seiner gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit unabhängige Parteipolitik und übertrage seinen politischen Radikalismus auf eine Bewegung, die dazu längst noch nicht reif ist", weist das Gewerkschaftsblatt zurück. Ueber die Kritik und Unzulänglichkeit des Betriebsrätegesetzes seitens der Organisation schreibt Woldt wörtlich:

„Wie man sich dort (in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung. D. Verf.) unter dem Geist und Einfluß von Aufhäuser zur praktischen Anwendung des Betriebsrätegesetzes stellt, zur Sozialisierungsfrage, zu der Frage der Zentralarbeitsgemeinschaften usw., ist die gleiche politische Phraseologie, wie sie in der „Freiheit" verzapft wird, die von den Arbeitergewerkschaften abgelehnt werden muß und auch in der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung nicht Erfolg haben kann."

Also die gesunde Fortentwicklung wird von Woldt als politische Phraseologie gewertet und Aufhäuser trägt die Schuld, daß der Werkmeisterverband aus seinem Dornröschenschlaf geweckt wurde!

Höher geht die politische Degeneration rechtssozialistischer Leuchten vom Schlage Woldts wohl nicht. Er hat damit den Beweis erbracht, daß er intimer Mitarbeiter des Kulinsministers, des tapferen Konrad werden konnte. Wenn Woldt das Prinzip gelten lassen will, daß Einzelpersonen Geschichte machen und Aufhäuser die Angestelltenbewegung politisch infiziert, so trägt Woldt und seine Partei und besonders der Hausknecht der deutschen Bourgeoisie, Gustav Noske, die Schuld an dem ganzen Elend, in das die deutsche Arbeiterklasse durch die rückgratlose Politik jener Renegaten hineingeraten ist.

Gewerkschaftliches aus Südwestafrika

In Lüderitzbucht erscheint ein kleines, in deutscher Sprache gedrucktes **„Volksblatt"**, das als Mitteilungsblatt der Arbeitnehmer-Verbände Südwestafrikas wöchentlich erscheint. Auch dort beschäftigen sich die Gewerkschaften mit den Fragen, die wir, besonders seit der Kreation der Moskauer Gewerkschafts-„Internationale", seit Jahr und Tag behandeln. In Swakopmund fand Anfang Januar eine Versammlung der Buchdrucker statt, in der die kommunistische Keimzellenbildung innerhalb der Verbände besprochen wurde. Zwei Kollegen aus Deutschland schilderten die verderbliche Taktik der Kommunisten in der deutschen Arbeiterbewegung, und die Versammlung einigte sich auf folgende Parole:

„Mag nach Moskau gehen, wer gehen will, wir bleiben hier und wollen alle helfen an der großen Aufgabe der Erhaltung, Gesundung und Kräftigung unserer alten, in schweren Zeiten geschaffenen Organisation."

Hoffentlich bleiben die afrikanischen Genossen von den Folgen verschont, die wir, zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft, in ganz Europa, und nicht zuletzt in Deutschland, deutlich zu verspüren bekommen.

Beendete Lohnbewegung in der Mineralwasser-Industrie

Die in den Groß-Berliner Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher waren am 19. d. M. zahlreich versammelt, um den Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wegen der Lohnforderungen entgegenzunehmen.

Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband teilte Liebenow als Berater der Arbeitnehmer mit, daß die Unternehmer nach vorheriger Vereinbarung beschlossen hatten, den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anzurufen und sich auch dem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Der unparteiische Vorsitzende hatte das Bestreben, einen Vergleichszustande zu bringen; dieses Vorhaben scheiterte jedoch daran, daß die Arbeitgeber weitere Lohnzulagen, wie in der Verhandlung bereits gemacht, nicht gewähren wollten.

Nach längeren gegenseitigen Auseinandersetzungen, wo namentlich die Fabrikanten ihre Klagelieder vorbrachten, wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Die Löhne betragen ab 1. Februar 1921:

	pro Woche
Für Abzieher	290,— M.
Für Vorarbeiter	300,— M.
Für Auf- und Ablader	275,— M.
Für Flaschenspüler, Hofarbeiter, Mitfahrer u. Stalleute	265,— M.
Für Kutscher	280,— M. und 10 Pfg. Provision für den vollen und 10 Pfg. für den zurückgebrachten leeren Kasten mit Flaschen.
Für Frauen	185,— M.
Für Jugendliche bis 18 Jahre	170,— M.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß selbst diese Lohnsätze den Zeitverhältnissen noch nicht entsprechen, auch wurden Stimmen laut, auch in dieser Industrie mal einen ernsten Kampf aufzunehmen, damit die Arbeitgeber, die bisher Störungen in wirtschaftlicher Beziehung noch nicht durchgemacht haben, den Unterschied mal kennen lernen und ihre Arbeiter besser entlohnen und menschenwürdiger behandeln.

Die erregte Stimmung, die sich in den vorherigen Versammlungen besonders bemerkbar machte, war diesmal eine gedämpfte, auch waren die Redner durchaus sachlich.

Mit großer Majorität wurden die neuen Lohnabmachungen von der Versammlung alsdann angenommen.

Druckexemplare sind beim Deutschen Transportarbeiter-Verband, Engelufer 15, Zimmer 38, zu haben.

Der Betriebsrat des städtischen Krankenhauses Am Friedrichshain ersucht uns, folgendes aufzunehmen: Sparsamkeit an falscher Stelle veröffentlicht die „Post" in Nr. 68 vom 10. Februar einen zurechtgemachten Artikel, über eine städtische Krankenanstalt, der sich als „Wahlmache niedrigster Sorte" für das Kleinbürgertum darstellt. Der reaktionäre Einsender scheint es nicht verdauen zu können, daß der Betriebsrat bei Entlassungen von Arbeitern ein Wort mitzusprechen hat. Zu den in Frage kommenden Entlassungen, bei denen der „Postartikler" in seiner Unerfahrenheit „Vertretungen für Erkrankte oder Beurlaubte in einen Topf wirft", ist nur zu sagen, daß die Verwaltung — laut tariflicher Bestimmungen — gegen ein diesbezügliches, unberechtigtes Verlangen des Betriebsrats den Schlichtungsausschuß anrufen konnte. Das ist nicht geschehen —, sondern es ist Uebereinkunft erfolgt, mit „nicht nennenswerten" Mehrkosten. Daß die sparsame „neue Aera" des neuen Leiters der Medizinalverwaltung die Lachmuskeln des „Postschreibers" besonders reizt, stellt den Saboteurgehilfen der „Post" in das richtige Licht — wir Arbeiter ärgern uns darüber nicht. —. Die leichtfertige Behauptung, daß die Stadt jährlich für eine Station an Gehältern 75 000 M. mehr zu bezahlen habe bei Besetzung von Pflegern als durch Schwestern, zeugt von haltloser rechnerischer Oberflächlichkeit. Auf der in Betracht kommenden, schweren Station waren schon immer fünf Pfleger tätig für die besonders schwere Arbeit, welche von Schwestern nicht verrichtet werden kann. Nachdem die Pfleger die Prüfung für Krankenpflege bestanden hatten, wurde ihnen „im Einvernehmen und nach Verhandlungen mit der ärztlichen- und der Verwaltungsdirektion mit dem Betriebsrat" die Pflege in dem Pavillon voll übertragen. Es ist eine fahrlässige, unwahre Behauptung, wenn in dem Artikel von einem Verfahren „ohne Rücksicht auf das Interesse der Kranken" gesprochen wird. Der „Postinstinkt" scheint vergessen zu haben, daß bei ihrem „Griffe zu gewerkschaftlichen Mitteln" die Assistenzärzte sich auch an uns, die Arbeiter zu ihrer entl. Hilfe gewandt und diese Unterstützung auch zugesagt erhalten haben. Wenn jetzt bei den Beratungen der „Sparkommission" die Aerzte durch solche „Artikel" die Arbeiter vor den Kopf stoßen, so können sie sich bei dem artikelnden „Post-Einsender" für solche Kurzsichtigkeit bedanken. Die Aerzte erhalten übrigens jetzt jährlich an Gehalt 4—5000 M. mehr als die Pfleger und genießen noch diverse andere Vorteile. Für den „mit der kapitalistischen Mißgunst der frommen Denkungsart" überfütterten „Post-Einsender" kommt es allerdings nicht auf die Feststellung von Tatsachen an, sondern sein Motiv ist: „Der Zweck — das Wahlgeschäft — heiligt die Mittel."

Achtung! Tischler, Bezirk Neukölln! Am Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags von 4 bis 7 Uhr bei Kriegel, Neukölln, Reuterstraße 21, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Berechtigt und verpflichtet zur Wahl sind alle die dem Bezirk Neukölln angehörenden Tischler, welche sich bereits am 7. Februar zur Abstimmung meldeten — auch die, die ihre Stimme bereits abgegeben haben — und den Stempel Nr. 80 im Buch vorweisen können. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Buchbinder und Papierverarbeiter. Wir ersuchen sämtliche Delegierte der Generalversammlung, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, am Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags ½5 Uhr, bei Schirm, Charlottenstr. 7, zu einer sehr wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Stellmacher U. S. P. D. Alle Kollegen, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, treffen sich Dienstag abend 7 Uhr bei Hummel, Sophienstraße 5. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Wichtige Aussprache. Mitgliedsbuch legitimiert.

Graphische Hilfsarbeiter. Funktionäre des Graphischen Hilfsarbeiter-Verbandes, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, werden zu einer Versammlung heute abend 6 Uhr im Graphischen-Vereinshaus eingeladen. Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen notwendig.

Arbeiterausschuß U. S. P. D.

Jugendbewegung

Gewerkschaftliche Jugendarbeit

Wir geben diesen Artikel als Beitrag zur Debatte über die passendste Form der Jugendorganisation wieder. Selbstverständlich bringt die Jugendbeilage unseres Blattes auch die gewerkschaftlichen Jugendsektionen zur Verfügung.

KS. Die Zerrissenheit und Zerfahrenheit der politischen Parteien der Arbeiterbewegung ist auch auf dem Gebiete der Jugendbewegung zu verzeichnen. Nicht nur, daß jede politische Partei bemüht ist, sich ihre eigenen Jugendorganisationen zu schaffen, sondern auch innerhalb dieser Jugendorganisationen machen sich die verschiedensten Tendenzen bemerkbar. Eine solch einseitige Erziehung der Jugendlichen, die gerade am meisten den Einflüssen unberufener, sich keiner Verantwortung bewußter Personen ausgesetzt sind, kann natürlich niemals dazu beitragen, die heranwachsende arbeitende Jugend zum selbständigen Denken und zu objektiver Betrachtung der sozialen, ökonomischen und politischen Zustände zu erziehen. Die Schulung und Bildung der Jugendlichen in diesem Sinne ist aber die erste Voraussetzung für ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den Erwachsenen im Emanzipationskampf des Proletariats. Dieser Zweck kann aber durch die angeführten Gründe nicht erreicht werden.

In Gewerkschaftskreisen hat man denn auch in letzter Zeit diese Entwicklung mit steigender Sorge betrachtet und deshalb den Versuch unternommen, die freigewerkschaftlich organisierte Jugend zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen, die Schulung und Bildung auf gewerkschaftlicher Grundlage systematisch in die Hand zu nehmen. Ein Anfang auf diesem Gebiete war die Schaffung des Freigewerkschaftlichen Jugend-Kartells durch die Berliner Gewerkschaftskommission. Die Satzungen des Jugendkartells lassen parteipolitischen Tendenzen keinen Spielraum; auch ist der Anschluß an das Kartell nur für die Jugendabteilungen der einzelnen Verbände möglich. Das Freigewerkschaftliche Jugend-Kartell hat sich zur Aufgabe gemacht, vor allen Dingen einzutreten für die Einleitung und Durchführung gemeinsamer Jugendforderungen, für die Pflege des Jugendrechtes und Jugendschutzes. Ferner veranstaltet es gemeinsame Bildungskurse und künstlerische Darbietungen. Eine vom Jugendkartell eingesetzte Kommission ist damit betraut, für die fernere Tätigkeit ein praktisches Arbeitsprogramm auszuarbeiten, das in allernächster Zeit dem Kartell unterbreitet werden soll.

Die Hauptarbeit in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung erwächst naturgemäß den einzelnen Gewerkschaften selbst. Einige Gewerkschaften sind auch in anerkennenswerter Weise schon seit längerer Zeit dazu übergegangen, besondere Jugendsekretäre anzustellen. Die Gewerkschaftsvorstände werden die ihnen auf diesem Gebiet dadurch entstandene Mehrarbeit sich bedeutend erleichtern, wenn in allen Gewerkschaften, in denen Jugendliche und Lehrlinge vorhanden sind, Jugendabteilungen gebildet werden.

Die Aufgaben, die hier den Gewerkschaften gestellt werden, sind sicher schwere und aufopferungsvolle, sie müssen aber übernommen und erfüllt werden, wenn das Proletariat wieder gesunden und seiner Gesamtaufgabe gewachsen sein soll. Das Jungproletariat darf sich nicht in Kämpfen in den eigenen Reihen zerfleischen, bevor es die Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit des Zusammengehörigkeitsgefühls der arbeitenden Klasse in sich aufgenommen hat. Ein reiches Betätigungsfeld liegt hier vor uns und es gehört mit zu den neuen und wichtigen Aufgaben, die den Gewerkschaften zugewiesen werden müssen.

Soeben erschien:

Agrarfrage und Sozialismus

Von Alexander Stein

Preis 2.50 Mark.

Organisationen Preisermäßigung.

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2

Noch einmal: Aus Haenischs Reich

Unser Artikel „Aus dem Reiche des armen Konrad" in der Morgenausgabe vom Sonnabend hat uns wieder die Ehre einer Zuschrift des Kultusministeriums eingetragen. Wir bringen sie nachfolgend, aus Raumgründen gekürzt, zum Abdruck, bemerken aber dazu, daß die von uns vorgenommenen Streichungen den sachlichen Inhalt der Zuschrift nicht beeinträchtigt haben. Das Schreiben des Kultusministeriums lautet:

Die „Freiheit" vom Sonnabend früh greift in einem Artikel „Aus dem Reiche des armen Konrad" die Personalpolitik des Kultusministeriums scharf an.

Dazu ist folgendes zu bemerken: Der von der „Freiheit" namentlich angeführte Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Herr Röhl, der auf einer großen Lehrervereinstagung vor etwa 10 Jahren seine Königstreue so lebhaft beteuert haben soll, steht zu dem heutigen Unterrichtsministerium in keinerlei Beziehungen. Der Unterrichtsminister hat ihn seines Wissens überhaupt nur ein einziges Mal, anläßlich einer Lehrerversammlung, gesehen. Wenn in einem zweiten, von der „Freiheit" angeführten Fall, ein der Demokratischen Partei angehörender Bewerber um einen Regierungsratsposten in der Provinz Westfalen einem Sozialisten vorgezogen wurde, so darf die „Freiheit" davon überzeugt sein, daß hierbei sehr wichtige sachliche Gründe maßgebend waren, die auch die in Frage kommenden leitenden Parteigenossen der Provinz, als sie ihnen mitgeteilt wurden, vollauf billigen mußten.

Bleiben übrig die angeblich nicht „zuverlässigen" Mitarbeiter im Ministerium selbst. Die „Freiheit" vergißt, zu erwähnen, daß zu den seit der Staatsumwälzung im Unterrichtsministerium tätigen neuen Mitarbeitern auch vier Unabhängige gehört haben und zum Teil noch gehören.

Was den von der „Freiheit" besonders genannten Geheimrat Genossen Menzel angeht, so war er längst vor der Staatsumwälzung Sozialdemokrat und führenden Parteigenossen auch als solcher bekannt. Daß er sich nicht formell der Partei anschließen konnte, war unter den damaligen Verhältnissen selbstverständlich. Schon vor reichlich einem Dutzend Jahren aber hatte er der Demokratischen Partei den Rücken gekehrt, um in den Reihen der ganz links stehenden Demokratischen Vereinigung (Breitscheid, Gerlach usw.) zu wirken.

Im übrigen sei der angeblich „reaktionäre" Geist in dem sozialistisch geleiteten Unterrichtsministerium hier einmal durch zwei Zeugnisse von Unabhängigen selbst beleuchtet! In der Plenarsitzung der Landesversammlung vom 5. Dezember 1919 führte bei der Beratung des Kultusetats nach dem amtlichen Stenogramm der unabhängige Abgeordnete Hennig, Halle, folgendes aus:

„Sie wissen, wir sind eine grundsätzliche Oppositionspartei der Regierung gegenüber. Wenn es aber ein Kapitel gibt, wo unsere Wünsche nahezu berücksichtigt scheinen, wenn es ein Kapitel gibt, wo wir innerlich herausfühlen, daß der Geist in der Regierung und zum mindesten im Ministerium für Kunst und Wissenschaft selbst verwandtschaftlich fortschrittlich für unsere Idee ist, so ist es beim Ministerium für Kunst und Wissenschaft bei dieser Abteilung. Das zu konstatieren halte ich mich für verpflichtet."

Schon kurz vorher hatte der Führer der Bitterfelder Unabhängigen Sozialdemokratie, der Vorsitzende der dortigen Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion, der zugleich auch den Posten eines Stadtrats bekleidet, nach einem Besuch im Unterrichtsministerium aus freien Stücken an Haenisch einen Brief geschrieben, in dem es wörtlich heißt:

„. . . . . Im übrigen drücke ich meine Freude darüber aus, daß trotz der Durchsetzung des Ministeriums mit Zentrumsleuten bei allen den Herren, mit denen wir in Berührung gekommen sind und denen einflußreiche Stellungen im Ministerium eingeräumt zu sein scheinen, eine durchaus moderne Auffassung herrscht.

Als Mitglied der U. S. P. D. ist es mir eine angenehme Pflicht, das anzuerkennen und ihnen zu sagen . . . ."

Aber wozu dieses viele Gerede. Wir wollen nicht über die einzelnen Mitarbeiter Haenischs streiten. Daß auch Fachleute anders über manche von ihnen denken, als der Kultusminister selbst, zeigt unser Artikel, der uns zu dieser Zuschrift verholfen hat. Es gibt eben Sozialisten und — „Sozialisten". Konrad Haenisch als Person und Politiker beweist es.

Zu dem Zitat aus einer Rede unseres Genossen Hennig bemerken wir, daß darin nicht von der Volksschule die Rede ist, um die es in unserer Auseinandersetzung mit Haenisch in erster Linie geht. Hennig sprach ausdrücklich von einer bestimmten Abteilung des Kultusministeriums — und zwar von einer anderen. Aber warum hat Haenisch nicht die Rede zitiert, die der Genosse Hennig einen Tag später über die Volksschule gehalten hat? Das hätte zum Thema gehört und wäre ehrlicher gewesen, denn in dieser Rede hat Hennig ein geradezu vernichtendes Urteil über die Volksschulpolitik des preußischen Kultusministeriums gefällt. Das Zitat, dessen sich Haenisch bedient, ist, in diesem Zusammenhange angewandt, wiederum eine bewußte Irreführung der Oeffentlichkeit. Die Aeußerung unseres Bitterfelder Genossen ist ebenfalls kein Beweis für Haenisch und seine Politik, denn auch dieser Genosse spricht nur von den Herren, mit denen er im Kultusministerium in Berührung gekommen ist.

Aber alle diese Betrachtungen erscheinen uns, wie gesagt, überflüssig. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß alle bisherigen Reformen an der Volksschule kleine unbedeutende Zugeständnisse sind, die erstens noch nicht einmal die schlimmsten Schäden beseitigen und die zweitens am Wesen dieser echt preußischen Einrichtung nichts ändern. Sie haben nur einige der bösesten Schandflecke beseitigt, deren sich ein wirklicher Kulturstaat längst geschämt hätte. Wir erwähnen noch einmal, daß sich unter diesen Reformen die Beseitigung der Prügelstrafe noch nicht einmal befindet. Wenn man aber von diesen Reformen ein so großes Aufhebens macht, wie der Herr Geheime Regierungsrat Menzel wiederum in einem Artikel im „Berliner Tageblatt", so zeigt ja gerade dieser ohrenbetäubende Lärm das klägliche Ergebnis der „Zwei Jahre Schulpolitik im Volksstaat", wie Menzel seinen Artikel überschreibt. Wären wirkliche und wesentliche Reformen zur Durchführung gekommen, so brauchte man diese Kleinigkeiten gar nicht zu erwähnen. Sie hätten auch von einem beliebigen bürgerlichen Kultusminister jetzt nicht mehr verhindert werden können.

Wir bleiben also bei unserer eigensinnigen Auffassung, daß die Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Volksschule von einem sozialistischen Kultusminister mehr fordern muß. Zum mindesten aber sollte man von ihm erwarten, daß er mit diesen kläglichen Taten nicht renommiert und den bürgerlichen Klassenfeinden des Proletariats zugleich die Stiefel leckt.

Symbole

Die „Kreuzzeitung" wittert Morgenluft

Als der letzte Preußenkönig im November 1918 sein Heil in der Flucht suchte, da fand es auch die „Preußische (Kreuz-) Zeitung" zweckmäßig, das Bekenntnis zum König aus ihrem Zeitungskopf zu entfernen. Dort trug sie von jeher das Eiserne Kreuz zur Schau mit der Umschrift: Vorwärts mit Gott für König und Vaterland! Dieses Zeichen an der Stirn des Blattes verschwand am 12. November 1918.

Gestern erschien es von neuem. Und Graf Westarp feiert in einer Wochenübersicht in der gleichen Nummer des Blattes das Wiedererscheinen dieses Signums als ein politisches Symbol.

Mit einigen Ausreden rechtfertigt er zunächst noch einmal das Fortlassen des Wahlspruchs, das zwei Jahre lang Gegenstand des politischen Spottes gewesen ist. Das sei geschehen auf Wunsch des technischen Personals, und es sei gerechtfertigt gewesen mit Rücksicht auf jene „Gewaltakte", die den „Lokal-Anzeiger" zwangen, als „Rote Fahne" zu erscheinen. Also nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Angst hat die „Kreuz-Zeitung" das Zeichen ihres Wesens von ihrer Stirn gewischt. In sachlicher Beziehung, schreibt Westarp, sei sie immer schärfste Gegnerin der Revolution gewesen und habe sie stets den monarchistischen Standpunkt und die konservative preußische Staatsgesinnung vertreten.

Nun aber erscheint es den Männern der „Kreuz-Zeitung" an der Zeit, der inzwischen eingetretenen Wandlung in der politischen Situation Rechnung zu tragen und das Eiserne Kreuz mit dem Bekenntnis für Gott, für König und Vaterland wieder am Kopf des Blattes erscheinen zu lassen. Westarp schreibt:

„Liegt hiernach klar und unwiderleglich zutage, daß all die Behauptungen und Verleumdungen unbegründet sind, wonach die „Kreuz-Zeitung" in jenen Tagen der Revolution und der Macht der Straße aus äußeren oder inneren Rücksichten ihren Standpunkt in der Sache gewechselt oder verleugnet habe, so soll dasjenige, was sie vom ersten Tage der Umwälzung ab bis heute unbeirrt vertreten hat und weiter zu vertreten gedenkt, auch wieder in ihrer äußeren Erscheinung zum Ausdruck gelangen."

Die Angst ist also gewichen. Die „Kreuz-Zeitung" wagt es wieder, auch dem flüchtigen Blick zu zeigen, wer sie ist. Das ist in der Tat ein Symbol der Zeit. Die Männerbrust, die die alte „konservative preußische Staatsgesinnung" in sich birgt, ist wieder geschwellt. Es ist kein Zufall, daß die „Kreuz-Zeitung" diese äußere Wandlung gerade am Tage der Wahlen zum ersten preußischen Landtag vornimmt. Daraus spricht ein Siegerbewußtsein, das zwar durch den Ausgang der Wahlen kaum bestätigt werden dürfte, aber dennoch ein Zeichen ist für die gehobene Stimmung in jenen politischen Kreisen, die sich zu Westarp und zur „Kreuz-Zeitung" bekennen. Westarp selbst ist so von Hoffnung geschwellt, daß er den Tag der Preußenwahlen als den Beginn eines neuen Abschnittes in der Entwicklung der Aufgaben der „Kreuz-Zeitung" erblickt. Daß diese neuen Aufgaben im politischen Kampf um die Wiederherstellung der monarchistischen Staatsform bestehen, wird symbolisch ausgedrückt durch die Wiederanbringung der Formel: Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Auch dieser harmlos scheinende Vorgang muß von der Arbeiterschaft als eine Warnung und als eine Mahnung zum energischen Widerstand gegen das um die „Kreuz-Zeitung" gruppierte politische Raubrittertum gewertet werden.

•

Während so die „Kreuz-Zeitung" wieder aufbaut, baut die „Post" ab. Sie kündigt an, daß sie am 1. April ihr Erscheinen einstellt, was sie in Wirklichkeit eigentlich schon längst getan hat. Leser hatte das Blatt schon lange nicht mehr. Das scheint den Geldgebern allmählich doch zu dumm geworden zu sein. Seit Stinnes über die „Deutsche Allgemeine Zeitung" verfügt, hat es die Schwerindustrie auch nicht mehr nötig, ihr Geld noch für das langweilige „Post"-Papier auszugeben.

(Wiederholt, weil nur in der Sonderausgabe)

Die Orgesch in Berlin

Die aufsehenerregenden Waffenfunde in Westend, die den Selbstmord eines der Beteiligten und die Flucht des Hauptschuldigen Assessors Dr. Heyl zur Folge hatten, haben weitere Kreise gezogen. Sie haben das Bestehen reaktionär-militaristischer Geheimorganisationen offenbart und damit nur bestätigt, was wir immer behauptet haben. Das „Berliner Tageblatt" teilt darüber Einzelheiten mit, die dem Staatsanwalt hoffentlich das Zupacken erleichtern. Das genannte Blatt hatte bereits vor einigen Tagen die Organisation und die führenden Persönlichkeiten einer solchen Putschgesellschaft mitgeteilt, die unter dem Namen „Verein alter Dessauer" regelmäßig Zusammenkünfte abhielt. Jedes der Mitglieder sollte aus seinem Bekanntenkreis etwa zwanzig zuverlässige Personen verpflichten, die sich für den Fall eines gewaltsamen Umsturzes den reaktionären Verbänden zur Verfügung zu stellen hätten. Zu den Führern gehörten, nach dem „Berliner Tageblatt", Herr v. Bissing, Sohn des ehemaligen Generalgouverneurs von Belgien, Herr Joachim Kliem, Revaler Straße, ein Mitglied des deutschvölkischen Schutzbundes, ferner Willi Lehmann, Manteuffelstraße (genannt Max), der Ingenieur Brätsch, Reihelstraße in Treptow (Armaturen- und Schraubenfabrik Forster Straße 9), der mit einem Ausweis auf den Namen Isidor Zufall versehen war.

Zu einer anderen Gruppe, die nach der Taborkirche „Gruppe Tabor" genannt war, gehörten Herr Wittig, Angestellter bei der „Deutschen Zeitung", jetzt in Darmstadt, Herr Fedkenhauer, Herr Hoffmann (Maschinenfabrik, Oranienstr. 12) und Herr S. O. Hixler (Möbelfabrik am Lausitzer Platz), Bezirksleiter der Deutschnationalen Volkspartei, ferner Hauptmann Weber, Alexandrinenstr. 45, Buchdruckereibesitzer Heckendorff und Kriminalbeamter Füllgraff, Schlesische Str. 21. Weitere Mitteilungen über die Zusammenhänge dieser bewaffneten Geheimorganisation mit dem Kapp-Putsch selbst, soweit sie sich zur Veröffentlichung eignen, behält sich das „Berliner Tageblatt" vor.

Der jetzt flüchtige Assessor Dr. Heyl hatte die Oberleitung dieser unterirdischen Freiwilligenverbände. Ob das außerordentliche Gericht auch in diesen Fällen mit derselben Schnelligkeit und Energie vorgehen wird, wie das bei den kommunistischen Putschisten der Fall ist, muß nach alter Erfahrung bezweifelt werden. (Wiederholt, weil nur in der Sonderausgabe)

Ausnahmeprozeß in Kassel

Kassel, 21. Februar.

In der heutigen Verhandlung wurde zunächst mit der Verlesung des Protokolls über die Aussagen des Angeklagten Harbich in der Voruntersuchung begonnen. Der Angeklagte Harbich behauptet, daß das Protokoll nicht richtig sei, und widerruft einige seiner darin enthaltenen Aussagen. Nach einigen Zwischenfällen wurde die Verhandlung fortgesetzt. Der Vorsitzende verliest aus dem von Harbich unterschriebenen Protokoll folgende Stelle: „Schröder kam aus Berlin und sagt mir, daß jetzt die ganzen Kampf-Organisationen von Berlin aus geleitet würden und ich von Berlin aufgefordert würde, die Organisation für Dortmund durchzuführen. Es solle vorläufig von Dortmund aus gearbeitet werden". — Angeklagter: Wenn ich das gesagt habe, so ist dies in der Aufregung geschehen. Ich wußte nicht gleich, was ich den Herren vom Gericht sagen solle. — Vorsitzender: Das klingt doch sehr unwahrscheinlich. Wie kam es dann, daß Sie dem Staatsanwalt die Namen Schröder, Zaisser, Klinkmüller und Küster nannten? Diese waren den Behörden gar nicht bekannt. Also können Sie doch damals nicht gelogen haben. Wie erklären Sie diesen merkwürdigen Widerspruch? — Angeklagter: **Die Herren vom Gericht sagten, es stände alles schon in den Akten, und da habe ich geglaubt, die Namen seien schon bekannt.** — Vorsitzender: Wollen Sie zugeben, daß Sie damals gesagt haben, Sie als überzeugter Kommunist könnten diese K. O. nur aufs freudigste begrüßen, daß ferner diese Kampf-Organisation als straffe Militär-Organisation aufgebaut werden müßte, um im geeigneten Augenblick soviel Kraft zu haben, um sogar gegen die Reichswehr vorgehen zu können, die nach Ihrer Meinung doch die stärkste Stütze des Kapitalismus sei. — Angeklagter: Ich kann mich auf diese Einzelheiten nicht mehr besinnen, es ist aber möglich, daß ich den Herren einiges von dem gesagt habe, was Schröder, ich und einige Freunde unter uns über die Tüchtigkeit der russischen Roten Armee gesprochen haben. Daß aber, daß diese russische Rote Armee uns in Rheinland und Westfalen als Vorbild einer Militär-Organisation dienen sollte, und daß die Parteileitung der V. K. P. D. in Berlin dies wünschte, davon war ernstlich niemals die Rede. Wenn ich damals so etwas erzählt habe, so wollte ich den mich verhörenden Beamten nur eine Gefälligkeit erweisen. — Auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wolff ermahnt daraufhin den Angeklagten, bei der Wahrheit zu bleiben.

Harbich erklärt, daß ihm fast alles von seinem Logiswirt Aufderstraße mitgeteilt worden sei, den er für einen Spitzel halte. — Staatsanwalt Meyer: Diese Aussage des Angeklagten ist sehr interessant. Auch ich hatte zunächst einen derartigen Eindruck. Weiter erklärte Staatsanwalt Meyer, daß er der Ansicht

war. Auderstraße käme als Anstifter in Frage, und ihn verhaften lassen wollte. Das Material gegen ihn reichte aber nicht aus. Harbich sagte damals, daß Auderstraße ihn unter keinen Umständen zu irgendeiner Aussage oder Handlung verleitet habe. Deshalb habe er von einer Verhaftung abgesehen. Auf die Frage des Verteidigers, wer Harbich über die Ziele des Kommunismus aufgeklärt habe, erwidert der Angeklagte, daß dies Auderstraße gewesen sei. — Vorsitzender: Haben Sie mit Führern der V. K. P. D. verhandelt? — Angeklagter Harbich: Ich habe nur mit Adolph Hoffmann gesprochen, und dieser hat die Bildung einer Roten Armee als Unfug und puren Schwindel bezeichnet. — Damit ist die Vernehmung des Angeklagten Harbich beendet.

Hierauf beginnt die Vernehmung des Angeklagten Bergmann Schröer. Er gibt zu, kurz vor seiner Verhaftung in Berlin an einer Parteikonferenz teilgenommen zu haben. Dort sei aber kein Wort von der Bildung einer Abwehr-Organisation oder gar Abwehr-Armee gesprochen worden. Es sei vielmehr nur betont worden, daß alle vorhandenen Mittel zur Stärkung der Presse und zur Aufklärung, nicht aber für einen Putsch verwendet werden sollten. **Es sollen jedoch alle Kräfte zu einem baldigen Generalstreik zusammengefaßt werden.** Es sei hierbei nichts davon gesagt worden, daß dieser Generalstreik etwa mit den Waffen oder mit Hilfe einer Roten Armee durchzuführen sei. Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß bei seiner Verhaftung ein längeres Schriftstück gefunden worden sei, das die Bildung einer Roten Armee behandelt, und fragt den Angeklagten, wer ihm dieses belastende Schriftstück zugestellt habe. Der Angeklagte erklärt, er habe es am 16. Januar, am Tage vor seiner Verhaftung, durch einen unbekannten Kurier bekommen, dessen Namen und Herkunft er nicht erfragt habe. Der Angeklagte hält dieses Schriftstück nach längeren Fragen des Vorsitzenden für die Arbeit eines Spitzels, durch die die V. K. P. D. geschädigt und bloßgestellt werden sollte. Rechtsanwalt Wolff tritt dieser Ansicht bei und weist darauf hin, daß das beschlagnahmte Schriftstück fast genau übereinstimme mit den Richtlinien, die für die Bildung einer Rechtsarmee in einer kleinen Broschüre aufgestellt werden. Er überreicht dem Gericht einen Abzug dieses Materials und beantragt die Ladung einer Anzahl von Mitgliedern der Orgesch als Zeugen. — Die Verhandlung wurde gegen 2 Uhr auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Das unmögliche Antidumping-Gesetz

Das englische Antidumpinggesetz, dessen wichtigste Bestimmungen wir unseren Lesern bereits mitgeteilt haben, steht auch in England selbst im Zeichen lebhafter Erörterungen. Wir hatten sofort auf den krassen Widerspruch dieses Gesetzes mit den Pariser Beschlüssen hingewiesen, auf den Widersinn, der darin liegt, daß man auf der einen Seite der deutschen Ausfuhr eine 12prozentige Abgabe auferlegt, die als Teil der Wiedergutmachung abgeführt werden muß, während auf der anderen Seite die deutsche Ausfuhr durch schutzzöllnerische Absperrung gehemmt wird. Im Überschen Klub in London hielt der ehemalige englische Ministerpräsident Asquith eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Regierung richtete. Er kam dabei auch auf das Antidumpinggesetz zu sprechen und äußerte darüber: „Deutschland kann nicht in Gold zahlen und Deutschland kann nicht in Papier zahlen. Es kann nur in einer Form bezahlen: Durch die Ausfuhr seiner Ware. Es muß nun ein außergewöhnliches Paradoxon genannt werden, das komisch wirken müßte, wenn die Angelegenheit nicht so ernst wäre: **Eine Regierung zu sehen, die ein Gesetz gegen das Dumping vorschlägt, um die deutschen Produkte vom englischen Markte auszuschließen und gleichzeitig von der deutschen Regierung verlangt, ihre Entschädigung in Waren zu zahlen!"**

Die Londoner Konferenz wird allem Anschein nach ein lebendiges Bild dieser inneren Widersprüche des Weltkapitalismus liefern. (Wiederholt, weil nur in der Sonderausgabe)

Aus der Wirtschaft

Neue Industriekonzentration

In der Aufsichtsratssitzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft vom 21. Februar wurde beschlossen, einer auf den 15. März zu berufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 50 Millionen auf 350 Millionen Stammaktien vorzuschlagen. Die neuen Aktien erhalten für das Geschäftsjahr 1920/21 den vierten Teil des Gewinnanteils alter Stammaktien. Davon werden zur Durchführung der mit der Linke-Hofmann-Werke Aktiengesellschaft vereinbarten Interessengemeinschaft 30 Millionen von der letzteren gezeichnet, während die restlichen 20 Millionen im Kreise der A. E. G. nahestehenden Unternehmungen gezeichnet und fest übernommen werden. Zur Deckung des Geldbedarfs aus der Linke-Hofmann-Transaktion und zur Stärkung der Betriebsmittel, insbesondere zur Kräftigung des Auslandgeschäftes der A. E. G. sollen weitere 250 Millionen Mark Vorzugsaktien ausgegeben werden.

Steigen der englischen Kohlenausfuhr

Der Streik der englischen Kohlenarbeiter wurde bekanntlich dadurch beigelegt, daß die Kohlenarbeiter an den Mehrerträgen der Kohlenausfuhr beteiligt wurden. Seither ist die Kohlenproduktion so gestiegen, daß vor einigen Tagen die letzten noch bestehenden Beschränkungen der Kohlenausfuhr und die Bestimmungen über die Bunkerkohle aufgehoben werden konnten.

Der Kohlenexport stieg in England von 5 681 484 Pfund Sterling im November, der noch unter den Nachwirkungen des Bergarbeiterstreiks litt, auf 9 344 689 Pfund Sterling im Dezember, obwohl zu gleicher Zeit infolge der Wirtschaftskrise die Gesamtausfuhr um 22,7 Millionen Pfund Sterling sank.

Die verstärkte Kohlenausfuhr Englands macht auch bereits ihr Wirkungen im Ausland geltend. In Schweden sanken die Preise für Bunkerkohle nach der Freigabe der englischen Kohlenausfuhr von 75 auf 50 Schilling per Tonne, in Dänemark sind die Kohlenpreise innerhalb kurzer Zeit auf die Hälfte zurückgegangen, so daß die Kohlenbewirtschaftung aufgehoben werden konnte.

Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß durch die Mehrförderung an Kohle in den wichtigsten Produktionsländern einerseits und den Rückgang des Kohlenverbrauchs infolge der Wirtschaftskrise andererseits die Versorgung des Weltmarktes mit Kohle aufgehört hat, ein Problem zu sein. Hingegen ist sie es noch in den Ländern, die vom Weltmarkt durch die Schranke der schlechten Valuta abgeschnitten sind, wie Deutschland. Wird die deutsche Regierung bei den neuen Kohlenverhandlungen diese Tatsachen in ruhiger und sachlicher Form vorbringen, so wird die Entente zweifellos auf der geplanten Verschärfung der Bestimmungen des Spaa-Abkommens nicht bestehen.

•

In Sheffield (England) wurden die Eisen- und Stahlpreise wegen der großen Anhäufung von Brennstoffen stark herabgesetzt.

In einem Bergwerke von Leicestershire (England) wurde wegen der schlechten Absatzverhältnisse der Betrieb eingestellt, wodurch 10 000 Bergarbeiter arbeitslos wurden.

In Frankreich wurden die Preise für Hochofenkoks von 175 auf 135 Francs per Tonne ermäßigt, die Preise für Roheisen um 60 bis 80 Francs und analog die Träger- und Blechpreise.

Prozentsatz der englischen Arbeitslosigkeit

In England waren Ende 1920 6,1 Prozent der Industriearbeiter beschäftigungslos. Seitdem ist der Prozentsatz bedeutend gestiegen; die Zahl der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden muß auch in Rechnung gestellt werden. Es wird daran erinnert, daß sich der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in England 1903 auf 9,1 Prozent, 1908 auf 6,6 Prozent belief; — ein schwacher Trost.

Von der Valuta des Auslandes

Es sind die drei Staaten: die Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Mexiko, deren Valuta der Goldparität entspricht und also ihren vollständigen Vorkriegswert behielt. Die Valuten aller übrigen Länder haben eine Wertverminderung (Disagio) im Vergleich zu ihrer Goldparität erlitten. So z. B. ist zu Ende 1920 die spanische Valuta — bis dahin vollwertig — auf 70 Prozent, die englische auf 72,7 Prozent ihres Goldwertes gesunken. Die deutsche Papiermark ist nicht mehr wert wie 6—7 Prozent ihres Goldwertes. (Goldmark.)

Alkoholverbot und Konkurrenz

Das in den Vereinigten Staaten eingeführte Alkoholverbot erstreckt sich auch auf die unter amerikanischer Flagge verkehrenden Schiffe. Die Schiffahrtsgesellschaften behaupten, dem Ruin entgegenzusteuern, wenn dieser Zustand aufrecht erhalten bleibt, ihre Schiffe werden von den Reisenden gemieden, fast leer durchqueren sie den Ozean. Ein Beispiel für die Verflochtenheit der internationalen Wirtschaftsverhältnisse und der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kametzner, Karlsruhe. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Soeben erschienen!
Die Neueste Deutsche Mode
Frühjahr und Sommer
Schnittmuster
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Breite Straße 11
Oranienstraße 41
Reinickendorfer Straße 15
Neue Schönhauser Str. 11
Rankestraße 7, Frankfurter Allee 64, Großbeerenstraße 60
Charlottenburg: Schillerstraße 83, Berliner Straße 112
Neukölln: Hobrechtstraße 19
Groß-Lichterfelde: Hindenburgdamm 58a
Schöneberg: Apostel-Paulus-Straße 25
Kaufhaus FR. HAHN, Alexanderplatz
außerdem
Schnittmuster-Lager in sämtlichen Filialen der Firma
W. Spindler

Kaufen Sie
Dixin von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Selbst-Hilfe
Der kleine Samariter
dient zur Selbsthilfe bei leichteren Krankheiten und gibt Verhaltungsmaßregeln bis z. Erscheinen des Arztes bei schweren Krankheiten
Mit Anhang:
Anleitung z. Errichtung einer
Hausapotheke
Preis 1,50 Mk.
Behörden
Schulen
Krankenkassen
Fabriken
Organisationen
bezug. bereits große Partien
Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9

VOLLBIER: PILSATOR
BÖHMISCH DUNKEL
in Flaschen, Kannen, Syphons, überall erhältlich.
BÖHMISCHES BRAUHAUS

Bettnässen
bei Kindern sowie Gewohnheitsfall, jede Garantie für sof. Beseitigung. Alter und Geschlecht angeben. Kostenlose Auskunft erteilt:
Hygienischer Versand
ROSA ZWERENZ München 137
Kaulbachstraße 64

Dringend! Gute Preise. Dringend!
Kupfer / Rotguß / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Hühneraugen
schwinden schnell und schmerzl. durch Wyrs Balsam sicher bewährte äußerliche Anwendung. M. Otto Reichel, Berlin Eisenbahnstr. 4.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9

Kaufe laufend zu höchsten Preisen
Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Quecksilber, Rotguß, Blei
sowie Motore, Gold- u. Silberbruch, Platin
SCHUBERT, Berlin, Ramlerstrasse 35
am Bahnhof Gesundbrunnen. Telephon: Amt Humboldt 6

Platin
Brennstifte, Bruchgold und alte Zahngebisse, Ringe, Ketten, Uhren
zu höchsten Tagespreisen kauft
Neukölln, Bergstr. 140
Eingang Goethestraße im Laden täglich von 9—7 Uhr.
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Verkauf 3.— Mark extra.
Straßenbahnverbind. 47, 48, 1, 15.

Seit 70 Jahren in San.-Rat Dr. Struh's Hausfalbe
b. Hautausschl., Flechten, Beins u. Krampfadergeschwür., Frostschäden, Hämorrhoid., ein bestbewährtes und schmerzstillendes Mittel. Orig.-Dose 6.25 u. 12.00 M.
Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 191
Leipziger Straße 74
(Ecke Spittelm.)

Geschlechtskranke finden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im Naturo-Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 3. (Hallesch. Tor 10-1 4—8, Sonn. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.80 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufsatz von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
U.-Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung fest. Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Schulfermädchen
Frauen für Mittagessen, Kaffee kochen und Dienste bei freier Reise, sucht Frau Ida Muschke, Am Schlesischen Bahnhof 1, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin

Mädchen für Alles
Köchinnen, Hausmädchen, Kindermädchen. Zu erfragen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin
Eichbornstr. 1, Pfaum 5753
Jägerstr. 11, Zentrum 6366
Belle-All.-Platz 5, Moritzpl. 1469
Friedrichstr. 116/117, Nord. 2148
geöffn. 8—6, Sonnabend 8—1.

ZIGARETTEN
sämtliche Marken billiger wie überall
ZIGARREN
aus eigener Fabrik und anderen renommierten Fabriken Hanewacker, Goldfarb und Rauchtabak, ebenso billig
SCHLARAFFIA
Münzstraße 2 Turmstraße 80
Potsdamer Straße 26b
NEUKÖLLN, Bergstraße 52/53

Kenner Kauen Kapitän Kautabak
zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften
General-Vertrieb:
C. RÖCKER, Berlin,
Richtenberger Straße 22
(Königstadt 3861)

Ein unentbehrliches Notizbuch ist der
U. S. P. D. Taschenkalender 1921
Gut gebunden 4.— Mark
(Organisationen erhalten Preisermäßigung)
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C 2, Breite Straße 8-9

Riesen-Preise für Altmetalle Quecksilber
Wrangelstr. 24
Waldstraße 3
Gubener Str. 50
Skalitzer Str. 95a
Bahnstr. 40, Schöneberg.
Händler Extrapreise.

METALLE
Legierungen und Rückstände
kaufen jedes Quantum
Hermann Tasche & Co
Langenbeckstraße 4

Kaufe höchstzahlend
Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Zink sowie Weißlagermetall und Zinn. Müllner Straße 81.

Alt-Metalle
kauft
Wiemer
Pascalstraße 3
und Helmholtzstraße 11!
beides an der Hochbahnbrücke.
Born, Reichenberger Str. 7, parkähnlicher Leinenbezugen.

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen!
Seltene Gelegenheitskäufe!!
Entzückende Pelzmäntel Jetzt 2000, 3000, 4000, 5000
sonstige Preise weit über das Doppelte!
Plüschmäntel jetzt 590, 975
Ulster . . . . jetzt 135, 210
Astrachanmäntel 130 cm lang jetzt 350
Impr. Seidenmäntel . jetzt 250
Flotte Frühjahrs-Modellkostüme 325, 450, 675, 950, 1200
Covertcoatmäntel, Frühjahrsneuheiten 250, 375, 525, 712
Stoffröcke von . . 44—250
Gesellschaftskleider 295—800
Einsegnungskleider von . . 165 an
Sportjacken . . . 44—260
Gummimäntel für Damen 395—550
Gummimäntel für Herren 450—825
Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115